

Versuch einer allgemeinen Theorie der Alimentierung (I)

Von

Albrecht Forstmann, Berlin

Inhaltsverzeichnis: I. Das Problem S. 17. — II. Die Theorie der innerwirtschaftlichen Alimentierung: S. 36. A. Allgemeines, B. Alimentierung und Gleichgewicht, C. Die Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte. — III. Die Theorie der außenwirtschaftlichen Alimentierung: A. Allgemeines, B. Alimentierung und Gleichgewicht; 1. Die „aktive“ Alimentierung: a) Allgemeines, b) Die konsumtive Alimentierung, c) Die produktive Alimentierung. 2. Die „passive“ Alimentierung: a) Allgemeines, b) Die konsumtive Alimentierung, c) Die produktive Alimentierung. C. Die Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte: 1. Die „aktive“ Alimentierung: a) Allgemeines, b) Die konsumtive Alimentierung, c) Die produktive Alimentierung, 2. Die „passive“ Alimentierung: a) Allgemeines, b) Die konsumtive Alimentierung, c) Die produktive Alimentierung. — IV. Schlußbemerkung.

I. Das Problem

Das Alimentierungsproblem ist eines der wichtigsten Probleme der Theorie des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens, dessen Durchdringung seit *Quesnay* als das eigentliche und letzte Ziel aller wirtschaftswissenschaftlichen Forschung angesehen wird, weil die Gesamtheit der wirtschaftlichen Probleme unter Berücksichtigung insbesondere auch ihres Interdependenzzusammenhanges nur im Gesamtzusammenhang des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens erklärt und verstanden werden kann. Da es sich hier um Probleme des wirtschaftlichen Ablaufes, also um solche dynamischer Natur handelt, so erscheint es erforderlich, die im vorliegenden Zusammenhange wesentlichen Unterschiedlichkeiten zwischen statischer und dynamischer Betrachtungsweise kurz zu betrachten, ohne dabei natürlich auch nur entfernt die Unterschiede aufzeigen zu wollen, die zwischen einer statischen und einer dynamischen Theorie bestehen¹.

Wenn die neuere Richtung in der theoretischen Nationalökonomie, die sich namentlich auf *Keynes* stützt, ihre Aufgabe vor allem darin

¹ Hier sei vor allem auf die Arbeiten von *R. Frisch* und *J. Tinbergen* hingewiesen. Siehe hierzu auch *A. Forstmann*: Über Statik, Dynamik und Liquidität, *Jb. f. N. u. St.*, Bd. 163 (1951).

sieht, die Vorgänge des wirtschaftlichen Ablaufes und die ihn ursächlich bestimmenden Kräfte aufzuzeigen, so erkennt sie damit durchaus richtig eine der wichtigsten Aufgaben, die der theoretischen Nationalökonomie gestellt sind; aber sie begeht trotzdem einen Fehler, wenn sie — wie dies leider vielfach der Fall ist — glaubt annehmen zu können, daß diese Aufgabe erfüllbar sei ohne die Erkenntnis jener, der wirtschaftlichen Entwicklung als solcher immanenten „natürlichen“ Kräfte, die langfristig zum Gleichgewicht — und zwar zu einem totalen Gleichgewicht — tendieren, und in deren Aufzeigung die „klassische Theorie ihre Hauptaufgabe erblickt hat.

Es ist daher auch unrichtig, wenn der klassischen Theorie seitens der Vertreter der neueren Richtung in der Nationalökonomie der Vorwurf gemacht wird, daß sie den wirtschaftlichen Ablauf nicht zu erklären vermöchte², denn diese Aufgabe haben sich die Vertreter der „klassischen“ Nationalökonomie — mit wenigen Ausnahmen, von denen besonders Malthus zu nennen ist — gar nicht gestellt; sondern sie sahen es lediglich als ihre Aufgabe an, jene „natürlichen“ Kategorien aufzuzeigen und zu erklären, nach denen die wirtschaftliche Entwicklung langfristig tendiert. Das hat beispielsweise auch D. Ricardo in seinem Briefwechsel mit Malthus ganz eindeutig zum Ausdruck gebracht³. Die klare Erkenntnis der der wirtschaftlichen Entwicklung als solcher immanenten „natürlichen“ Kräfte und ihrer langfristigen Gleichgewichtstendenzen ist aber eine integrierende Voraussetzung auch einer jeden „dynamischen“ Theorie; denn dieser würde von vornherein eine jede Ausrichtungsmöglichkeit fehlen, die allein durch diese „klassische“ Theorie der natürlichen langfristigen Gleichgewichtstendenzen gegeben ist. Erst durch eine sinngemäße Anwendung sowohl einer dynamischen wie auch der klassischen Betrachtungsweise ist es möglich, bei der Untersuchung konkreter Vorgänge der wirtschaftlichen Wirklichkeit zu befriedigenden Ergebnissen zu gelangen⁴.

Die Beziehungen zwischen beiden Betrachtungsweisen, der statischen einerseits, der dynamischen andererseits, lassen sich vielleicht dadurch kurz verdeutlichen, daß, ähnlich wie die „klassische“ Physik ein Sonderfall der allgemeinen Relativitätstheorie ist, auch die „klassische“ Nationalökonomie einen Sonderfall einer allgemeinen dynami-

² Welche z. T. naiven Vorstellungen hier herrschen, zeigt der Aufsatz von A. Paulsen: Die wirtschaftlichen Grundbegriffe und der Zeitfaktor. Jb. f. N. u. St., Bd. 161 (1949).

³ Vgl. hierzu J. Bonar: Letters of David Ricardo to Thomas Malthus 1810 bis 1823, Oxford 1887.

⁴ Vgl. W. Eucken: Kapitaltheoretische Untersuchungen, Jena 1934, S. 149.

schen Theorie des wirtschaftlichen Ablaufes darstellt; — unabhängig davon, ob dieser Sonderfall auch einmal praktisch realisiert sein wird⁵.

Wenn der „klassischen“ Theorie also ein Vorwurf gemacht werden kann, so kann dieser nicht darin liegen — und das gilt auch für die ihr von Keynes gemachten Vorwürfe⁶ — daß sie den wirtschaftlichen Ablauf nicht zu erklären vermöchte; sondern einen Vorwurf kann man ihr nur dann und insoweit machen, als sie selbst die Ziele, die sie sich mit ihrer Beschränkung auf die Erklärung der langfristigen natürlichen Gleichgewichtstendenzen gesteckt hat, überschreitet und versucht, ihre Erkenntnisse, die nur die Entwicklung im „long-run“ richtig zu erklären vermögen, ohne Berücksichtigung der bestehenden Unterschiedlichkeiten auch zur Erklärung der Vorgänge im „short-run“ anzuwenden. Ein Fehler, der allerdings gelegentlich zu beobachten ist und der besonders charakteristisch im sogenannten S a y s c h e n Theorem zum Ausdruck kommt, namentlich dann, wenn es — mit der „klassischen“ Vorstellung einer „Indifferenz“ des Geldes verbunden — in der überspitzten Form vorgetragen wird, wie dies bei J. S t. M i l l der Fall ist⁷. Mit Rücksicht auf die Bedeutung dieses Theorems bzw. der in ihm liegenden

⁵ In diesem Sinne stellt daher auch E. S c h n e i d e r (Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, Tübingen 1949, S. 323) zutreffend fest, daß die dynamische Betrachtungsweise oder — wie er sie nennt — „die Verlaufsanalyse . . . viel allgemeiner und umfassender [ist] als die statische Analyse und . . . diese als einen Sonderfall“ enthält.

Auch R. F r i s c h wies schon in einer früheren Arbeit (Statik og dynamikk i den økonomiske teori, Nat. øk. Tidsk. 1929, pg. 321) darauf hin, daß die Statik als Grenzfall der Dynamik betrachtet werden muß, der durch unendliche Reaktionsgeschwindigkeit charakterisiert ist.

⁶ Nach Ansicht von K e y n e s (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, dtsh. v. F. W a e g e r, München und Leipzig 1936 S. 14) gleichen „die klassischen Theoretiker . . . euklidischen Mathematikern in einer nichteuklidischen Welt, die entdecken, daß scheinbar parallele gerade Linien in Wirklichkeit sich oft schneiden, und denen kein anderes Mittel gegen die sich ereignenden bedauerlichen Zusammenstöße einfällt, als die Linien zu schelten, daß sie nicht gerade bleiben“. Wie er meint (ebenda, S. 319) besteht seine Kritik der klassischen Theorie aber „nicht so sehr darin, logische Fehler in ihrer Analyse zu finden, als hervorzuheben, daß ihre stillschweigenden Voraussetzungen selten oder nie erfüllt sind, mit der Folge, daß sie die wirtschaftlichen Probleme der wirklichen Welt nicht lösen kann“.

⁷ J. S t. M i l l (Grundsätze der politischen Oekonomie, dtsh. v. A. S o e t b e e r, Bd. 2, Leipzig 1881, S. 233 f.) meint hier: „Die Mittel eines jeden, um das, was andere Leute produziert haben, zu bezahlen, bestehen in den produzierten Artikeln, welche er selbst besitzt. Alle Verkäufer sind unvermeidlich und der Natur der Sache nach zugleich Käufer. Wenn man plötzlich die produktiven Kräfte eines Landes verdoppeln könnte, so würden wir auf jedem Markte das Angebot von Waren verdoppeln. Jedermann würde ebensogut eine verdoppelte Nachfrage als ein verdoppeltes Angebot aufweisen: jedermann wäre imstande, zweimal soviel zu kaufen, weil jeder zweimal soviel zum Austausch anzubieten hätte.“

irrigen Auffassungen für die hier interessierende Problematik ist es erforderlich, hierauf kurz einzugehen.

Die hier bestehende Problematik ist letztlich eine solche der Geldtheorie, denn die dem S a y s c h e n Theorem zugrunde liegende Annahme, daß die Nachfrage nach einer Ware gleichzeitig auch immer ein Angebot einer anderen Ware bedeute und umgekehrt, ist zwar in der naturalen Tauschwirtschaft auch im „short-run“ zutreffend, sie ist aber in der Geldverkehrswirtschaft weder vorstellbar noch auch bedingungslos äquivalent realisiert⁸. Ausgehend von dieser Tatsache sah es W i c k s e l l als seine Hauptaufgabe an, „nachzuweisen, wie und aus welchem Grunde die monetäre oder pekuniäre Nachfrage nach Waren unter gegebenen Umständen das Warenangebot übersteigen oder, umgekehrt, dahinter bleiben wird“⁹.

Entsprechend dem — auch von der Grenznutzenschule, aus der W i c k s e l l ja hervorgegangen ist, vertretenen — Standpunkte, daß „der Geldwert ... im letzten Grunde nur bei denjenigen Tauschakten gebildet wird, die sich auf Konsumwaren beziehen“¹⁰, hat auch W i c k s e l l bei der Feststellung des Begriffes „Nachfrage und Angebot der Gesamtheit aller Waren“ stets ausdrücklich betont, daß sich dieser immer nur auf Verbrauchsgüter bezieht. Nach den Feststellungen seines Schülers E. L i n d a h l, der sich um die Weiterführung und Ausgestaltung der W i c k s e l l s c h e n Gedankengänge — insbesondere auch in bezug auf die Geldwertbildung und die Erkenntnis monetärer Ein-

⁸ Durch die Einführung des Geldes in das wirtschaftliche Kreislaufgeschehen wird — wie J. G. K o o p m a n s (Zum Problem des „Neutralen“ Geldes, in: Beiträge zur Geldtheorie, hrsg. v. F. A. H a y e k, Wien 1933, S. 258 f.) sagt — „das S a y s c h e Prinzip der Äquivalenz von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage durchbrochen und werden demzufolge Preisverschiebungen und andere Störungs- bzw. Anpassungsphänomene ausgelöst, die unter sonst gleichen Umständen in der idealtypischen Naturalwirtschaft unterblieben wären“, weil — wie K o o p m a n s (ebenda, S. 265) weiter ausführt — infolge der in der Geldwirtschaft — im Gegensatz zur Naturalwirtschaft — nicht bestehenden Simultanität zwischen Einkommenserwerb und Einkommensverwendung „für das System s i m u l t a n e r Gleichungen, das (z. B. nach den Erörterungen W a l r a s' und C a s s e l s) den Wirtschaftsablauf [in der naturalen Tauschwirtschaft] bestimmt, in der Geldwirtschaft ein entsprechendes System ‚s u k z e s s i v e r‘ Gleichungen an die Stelle tritt.“

⁹ K. W i c k s e l l: Geld und Kredit, dtsh. v. M. L a n g f e l d t, 2. Aufl., Jena 1928, S. 181.

¹⁰ F. v. W i e s e r: Der Geldwert und seine Veränderungen. Sch. d. V. Sp. Bd. 132, S. 138.

In diesem Sinne versteht auch J. M. K e y n e s (Vom Gelde, dtsh. v. C. K r ä m e r, München und Leipzig 1932, S. 43) „unter Kaufkraft des Geldes die Fähigkeit des Geldes, diejenigen Güter und Dienste zu kaufen, für deren Beschaffung zu Konsumzwecken eine bestimmte Gemeinschaft von Personen ihr Geldeinkommen verausgabt“.

flüsse auf den wirtschaftlichen Ablauf — bemüht hat, ist dann die Nachfrage nach Verbrauchsgütern bestimmt durch jenen Teil des laufenden Nationaleinkommens, der nicht gespart wird¹¹. Bezogen auf einen bestimmten Moment des wirtschaftlichen Ablaufes muß dann das Einkommen seiner grundsätzlich möglichen unterschiedlichen Verwendungsarten entsprechend zerlegt werden in die Ausgaben für den Verbrauch einerseits und die Ersparnisse andererseits, und ebenso muß eine äquivalente güterwirtschaftliche Separation erfolgen in die Menge der erzeugten Verbrauchsgüter einerseits und den Umfang der Realinvestitionen andererseits. Wie G. Myrdal hierzu treffend bemerkt, liegt „in der Kombination dieser vier Ausdrücke ... die neue geldtheoretische Fragestellung Wicksells¹², aber auch die der Gleichgewichtsproblematik, und zwar sowohl hinsichtlich des monetären Gleichgewichtes ebenso wie auch hinsichtlich des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen¹³. Hierauf hat auch Keynes seine „Grundgleichungen des Geldes“ aufgebaut¹⁴, die allerdings auf Grund irriger Voraussetzungen hinsichtlich der hier bestehenden Kausalbeziehungen entwickelt wurden¹⁵, und die er daher auch später stillschweigend hat

¹¹ Auf Grund dieser Überlegungen hat Lindahl dann seine Gleichung für den Verbrauchswert des Geldes als Grundlage einer Einkommenstheorie des Geldwertes aufgestellt, wonach, wie er sagt (E. Lindahl: Penningpolitikens medel, Lund 1930, pg. 12 ff.) „derjenige Teil des gesamten Nationaleinkommens, der nicht gespart wird, stets gleich ist der Menge umgesetzter Verbrauchsgüter multipliziert mit ihrem Preisniveau“.

¹² G. Myrdal: Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse, in: Beiträge zur Geldtheorie, a.a.O., S. 379.

¹³ Es müßte hier allerdings, außer den beiden genannten Faktorenpaaren noch ein anderes Faktorenpaar berücksichtigt werden, und zwar das der Horte als geldseitige und der Läger als güterwirtschaftliche Kategorie. Bestimmend für das Gleichgewicht ist dann, daß Gleichheit zwischen jedem einzelnen Faktorenpaar besteht, d. h. daß Gleichheit besteht zwischen Verbrauchsausgaben und Verbrauchsgütermenge, zwischen Nominal- und Realinvestitionen und zwischen den Veränderungen im Umfange der Horte und der Läger.

Vgl. hierzu auch A. Forstmann, Geld und Kredit, Bd. I, Die Grundlagen der Geld- und Kredittheorie, 2. Kap. IV, E, 3, c, Göttingen 1951.

¹⁴ Vgl. J. M. Keynes: Vom Gelde, dtsh. v. C. Krämer, München und Leipzig 1932, Drittes Buch; siehe besonders auch S. 110 ff.

¹⁵ Keynes geht bei der Aufstellung seiner „Grundgleichungen“ von der Annahme aus, daß sich der Preis zusammensetzt aus den Erzeugungskosten und einem beim Verkaufe entstehenden Gewinn oder Verlust. Das ist richtig, soweit das Ergebnis der Preisbildung betrachtet wird; es ist aber unrichtig, wenn, wie es im vorliegenden Falle gewünscht wird, die Preisbildung erklärt werden soll; denn die Gewinne und Verluste sind immer nur das Ergebnis, nicht aber die Ursache der Preisbildung und können diese daher auch nicht erklären. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß sich aus den auf diese Weise definierten „Gewinnen“ und „Verlusten“ ganz eigenartige Ergebnisse ableiten lassen, auf die u. a. besonders auch D. H. Robertson (Mr. Keynes' Theory

fallen lassen, „mit großem Bedauern für die Verwirrung, die sie angerichtet haben“¹⁶, — nicht zuletzt wohl auch bei ihm selber.

Ebenso wie *Wicksell* bei seinen Untersuchungen davon ausgeht, daß das *Saysche* Theorem die Vorgänge des wirtschaftlichen Ablaufes in der Geldwirtschaft nicht richtig zu erfassen vermöchte¹⁷, weist auch *Keynes* gelegentlich seiner Betrachtungen über das Beschäftigungsproblem ausführlich auf den Widerspruch hin, der zwischen dem *Sayschen* Theorem, wonach „das Angebot seine eigene Nachfrage schafft“, und dem tatsächlichen Geschehen der wirtschaftlichen Wirklichkeit liegt¹⁸. Gerade angesichts dieser Tatsache aber ist es nicht ohne Reiz, festzustellen, daß *Keynes* selber in den grundsätzlich gleichen Fehler verfällt wie *Say*, wenn er die Ansicht vertritt, daß eine jede Investition sich selbst die ihr zugehörigen Ersparnisse *uno actu* schaffen würde¹⁹; denn er übersieht, daß — wenn auch *ex-post* eine solche Über-

of Money, EJ., vol. 41, 1931, pg. 407) ebenso wie auch *V. F. Wagner* (*Geschichte der Kredittheorie*, Wien 1938, S. 416) zu Recht hingewiesen haben.

Diese paradoxen Folgeerscheinungen der *Keynes'schen* Begriffsbildung ergeben sich daraus, daß die von ihm als „Gewinne“ bzw. „Verluste“ definierten Größen in der Tat ganz andere Faktoren sind, und zwar handelt es sich bei ihnen um Veränderungen im Umfange der Horte.

Damit soll natürlich keinesfalls bestritten werden, daß derartige Veränderungen einen Einfluß auf die Bildung von Gewinnen und Verlusten haben; — unabhängig auch davon, inwieweit es sich hierbei um tatsächliche oder nur um eingebil-dete (*Money Illusion*) Gewinne und Verluste handelt.

¹⁶ *J. M. Keynes*: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, a.a.O., S. 54.

¹⁷ So meint *Wicksell* (*Geld und Kredit*, a.a.O., S. 181), daß man sich daran gewöhnt habe, „mit *J. B. Say* die Waren selber als gegenseitig die Nachfrage nacheinander konstituierend und begrenzend zu betrachten“, und er meint hierzu: „Das sind sie auch in letzter Hand, aber hier handelt es sich umgekehrt gerade um das, was in erster Hand geschieht, nämlich um das Zwischenglied in dem definitiven Austausch einer Ware gegen eine andere, welches von der Nachfrage des Geldes nach Waren und dem Angebot der Waren gegen Geld gebildet wird.“

¹⁸ Vgl. *J. M. Keynes*: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, a.a.O., S. 16 ff.

¹⁹ Hierzu meint *Keynes* (ebenda, S. 154), „daß Einkommen von Investition abhängt, in solcher Weise, daß, wenn sich die Investition ändert, sich das Einkommen notwendigerweise genau in jenem Grade ändern muß, der erforderlich ist, um die Änderung in der Ersparnis gleich der Änderung in der Investition zu machen.“

Dieser Irrtum beruht — wie dies unsere späteren Betrachtungen noch erkennen lassen werden — darauf, daß er seine „Multiplikatortheorie“ nicht, wie dies erforderlich gewesen wäre, aus den Bedingungen des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen abgeleitet, sondern durch Umkehrung eines nicht umkehrbaren Funktionalzusammenhanges gewonnen hat (vgl. hierzu auch *A. Forstmann*: *Arbeit oder Beschäftigung?* *Fin-Arch.*, NF., Bd. 5, 1937) und hierdurch dann einen bedingungslos erfüllten Zusammenhang zwischen Investition und Ersparnis annehmen zu können, der nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gegeben ist.

Zum anderen ist *Keynes* unklar bzw. widerspruchsvoll in der Frage, ob sein „Multiplikator“ — wie allgemein angenommen und auch von seinen Anhängern inter-

einstimmung vorliegt — es gerade auf die Erklärung der Vorgänge des wirtschaftlichen Ablaufes, die Keynes ja in erster Linie geben will, einmal darauf ankommt, zu wissen, ob eine solche Übereinstimmung zwischen Investition und Ersparnis auf der Grundlage „echter“ Ersparnisse oder aber auf dem Wege der „Zwangsparsnis“ zustande kommt, und daß zum zweiten die Tatsache von Wichtigkeit ist, ob sich ein solcher Ausgleich im Rahmen echter Investitionen oder aber auf der Grundlage von „Fehlinvestitionen“ vollzieht.

Das S a y s c h e Theorem beinhaltet ein Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen, das in der naturalen Tauschwirtschaft — den Voraussetzungen dieses Theorems entsprechend — nicht nur langfristig, sondern auch kurzfristig im wirtschaftlichen Ablaufe besteht, weil hier ja immer nur Ware gegen Ware umgesetzt wird, und wobei — da ja auch nur ein güterwirtschaftliches Sparen möglich ist — Sparen auch immer mit Realinvestieren gleichgesetzt werden kann²⁰. In der Geldwirtschaft ist das aber nicht der Fall, weil hier ja das Geld zwischen Einkommensentstehung und Einkommensverwendung tritt.

Diese Tatsachen sind von Wichtigkeit für das Alimentierungsproblem, das in seinen Grundlagen ein Gleichgewichtsproblem ist. Es muß also bei der Untersuchung dieses Problems von den Bedingungen des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen unter Berücksichtigung insbesondere der für das Gleichgewicht bestimmenden Unter-

pretiert — eine Zeitdimension hat oder ob das nicht der Fall ist, d. h. ob zwischen Investition und Ersparnis ein sukzessiver oder aber ein simultaner Zusammenhang besteht.

Im übrigen ist die „Allgemeine Theorie“ von Keynes in verschiedener Hinsicht durch eine Inkompatibilität der Voraussetzungen mit den Ergebnissen seiner Betrachtungen gekennzeichnet; das gilt sowohl hinsichtlich seiner „Liquiditätstheorie des Zinses“ (vgl. hierzu auch F. F o r s t m a n n : Zur Theorie der Beschäftigung, Schm. Jb., Bd. 69, 1949, S. 470 f.) wie auch hinsichtlich seiner Beschäftigungstheorie, bei der er unter der Voraussetzung abnehmenden Ertragszuwachses zu dem Ergebnis einer Steigerung des Volkswohlstandes kommt, worauf bei den späteren Betrachtungen noch näher einzugehen sein wird:

Angesichts dieser Tatsachen ist es — um mit G. M y r d a l (a. a. O., S. 385) zu sprechen — zweifellos „ein guter Beweis für Keynes' geniale Intuition, wenn er trotz dieser durchaus mangelhaften theoretischen Grundlagen zu praktischen Ergebnissen kommt, die in vieler Beziehung seiner zentraltheoretischen Fragestellung überlegen sind.“

²⁰ Es ist ein Nachteil der Wickse l l s c h e n Betrachtungsweise (insbesondere auch seiner Untersuchungen über „Geldzins und Güterpreise, Jena 1898), daß er niemals klar angegeben hat, was er eigentlich unter „Sparen“ und „Investieren“ versteht. Wie Myrdal (a. a. O., S. 410) hierzu feststellt, steht „der Ausdruck ‚Kapitalbildung‘ ... oft sowohl für ‚Sparen‘ als für ‚Realinvestieren‘. Man übernimmt hier einen Gedankengang unverändert aus der Theorie der r e l a t i v e n Preise oder der Tauschwertlehre, wo man ja von der Geldproblematik abstrahiert und deshalb nicht zwischen Sparen und Realinvestieren zu unterscheiden braucht.“

schiedlichkeiten in den Verwendungsarten des Einkommens einerseits und der Erzeugungsarten andererseits, also von jenen vier bzw. sechs Faktoren ausgegangen werden, auf deren Bedeutung wir bereits hingewiesen haben. Zur eindeutigen Erkenntnis der hier relevanten Zusammenhänge ist zunächst einmal der Tatbestand der Alimentierung festzustellen.

Der Begriff der „Alimentierung“²¹ ergibt sich daraus, daß in einer Volkswirtschaft zweierlei Arten von Wirtschaftssubjekten vorhanden sind, von denen die einen ihr Einkommen bei der Erzeugung von Verbrauchsgütern verdienen, während die anderen ihr Einkommen aus anderen Quellen beziehen, und zwar — was im vorliegenden Falle von Wichtigkeit ist — ohne daß sie einen Beitrag zur Menge der liquiden Verbrauchsgüter liefern.

Da nun diejenigen Wirtschaftssubjekte, die ihr Einkommen bei der Erzeugung von Verbrauchsgütern verdienen, dieses Einkommen nicht auch in voller Höhe für Verbrauchsgüter verausgaben, sondern einen Teil davon sparen, so würde ein Teil der erzeugten Verbrauchsgüter ohne Nachfrage bleiben, wenn es nicht möglich wäre, den ersparten Teil des Einkommens der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung in anderer Weise als Nachfrage nach Verbrauchsgütern zu aktivieren. Diese Möglichkeit besteht nun darin, daß der ersparte Teil des Einkommens der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung zu Einkommen von Wirtschaftssubjekten wird, die keinen Beitrag zur Menge der liquiden Verbrauchsgüter liefern, und das sind normalerweise die Produktionsfaktoren der Realinvestitionen. Es kommen aber auch andere Einkommensempfänger in Frage, wie beispielsweise Beamte, Pensionäre, Rentner usw., die ja ebenfalls Einkommen beziehen und hieraus eine Nachfrage nach Verbrauchsgütern entfalten, ohne daß sie selbst dem Markte Verbrauchsgüter zur Verfügung stellen²²; allerdings können diese Art der Einkommensempfänger nicht aus

²¹ Die Bezeichnung wurde in dem hier interessierenden Zusammenhänge, soweit ersichtlich, erstmalig wohl von J. Schumpeter (Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte, GdS., II. Abtlg., I. Teil, 2. Aufl., Tübingen 1924, S. 45) benutzt und später insbesondere von R. v. Strigl (Kapital und Produktion, Wien 1934) u. a. übernommen.

²² Dieser Tatbestand formuliert beispielsweise W. Lautenbach (Über Kredit und Produktion, Frankfurt a. M. o. J., S. 64), der — im Gegensatz zu Keynes — richtig von den Bedingungen des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen ausgeht — wie folgt: „Da immer nur ein Teil des Einkommens von den Einkommensbeziehern verbraucht wird, können niemals die Verbrauchsgüter zu ihren Produktionskosten abgesetzt werden, wenn nicht außer dem Verbrauchseinkommen, das durch die Produktion der Verbrauchsgüter selbst geschaffen wird, noch Verbrauchseinkommen aus anderen Quellen fließt. Diese andere Quelle ist normalerweise die Produktion zum Zwecke der Investition.“

den freiwilligen Ersparnissen finanziert werden, wie später noch zu zeigen sein wird.

In der „geschlossenen“ Volkswirtschaft, die hier naturgemäß zunächst allein interessiert, ist also die Frage des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislauf bedingt durch die Tatsache, daß das laufende Einkommen nicht in seinem ganzen Umfange verausgabt, sondern daß ein Teil von ihm gespart wird. Das bedeutet — soweit solche Ersparnisse zunächst nur einen bloßen Verbrauchsverzicht darstellen — das Bestehen eines Ungleichgewichtes, ausgedrückt durch die Tatsache eines Erzeugungüberschusses an Verbrauchsgütern, bezogen auf den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren, der — *ceteris paribus* — um so größer sein wird, je größer die technische Produktivität in der Verbrauchsgütererzeugung ist, und der eine grundsätzliche deflationistische Entwicklung induziert.

Der Absatz dieses Mehrerzeugnisses — und damit die Verhinderung einer tatsächlichen Überproduktion im volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhange — ist aber, wie schon gesagt wurde, nur dann und nur dadurch möglich, daß das über den Bedarf der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung erzeugte Produkt an andere Einkommensempfänger abgesetzt werden kann. Das geschieht dadurch, daß die Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung der Durchführung von Realinvestitionen dienen und damit zu Einkommen der Produktionsfaktoren dieser Realinvestitionen werden, oder aber, daß andere alimentierungsbedürftige Einkommensempfänger ihr Einkommen aus Steuern erhalten, die einen erzwungenen Verbrauchsverzicht der Produktionsfaktoren repräsentieren.

Bezeichnet man die Beschäftigung in der Verbrauchsgütererzeugung als die alimentierende Beschäftigungsart und alle anderen Arten der Beschäftigung, durch die kein Beitrag zur Menge der liquiden Verbrauchsgüter geliefert wird, als alimentierte Beschäftigungsart, so besteht das Alimentierungsproblem ganz allgemein gesehen darin, daß im Gleichgewicht des wirtschaftlichen Kreislaufes der Wert der seitens der alimentierenden Produktionsfaktoren erzeugten, aber von ihnen nicht nachgefragten Verbrauchsgüter — der seinen geldseitigen Ausdruck in den Ersparnissen der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung findet — demjenigen Betrage entspricht, der seitens der alimentierungsbedürftigen Einkommensempfänger für Verbrauchsgüter verausgabt wird.

Nun ist aber das Alimentierungsproblem nicht auf die Untersuchung der Bedingungen des Gleichgewichtes der angegebenen Art schlechthin beschränkt, sondern es interessiert weiterhin — und zwar in bestimmendem Maße — auch die Frage des Gleichgewichtsniveaus, d. h. die Frage, auf welchem Niveau der Erzeugung und damit auch der

Beschäftigung, des Einkommens usw. ein solches Gleichgewicht zustande kommt. Das beruht vor allem darauf, daß der Umfang der Erzeugung und damit auch der Beschäftigung, der Höhe des laufenden Einkommens usw. Kriterien für die Güte der Kombination der Produktionsfaktoren und damit der Zweckmäßigkeit und Güte der Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte einer Volkswirtschaft darstellen.

Soweit also das Alimentierungsproblem das Gleichgewichtsniveau betrifft — und damit findet das Alimentierungsproblem erst seine eigentliche Erfüllung —, handelt es sich nicht nur darum, die Bedingungen des Gleichgewichtes schlechthin zu bestimmen, sondern es sind vielmehr die Voraussetzungen zu untersuchen, die gegeben sein müssen, damit das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen bei einem Umfange der Erzeugung, der Beschäftigung, des Einkommens usw. liegt, bei dem die nationalen Produktivkräfte der Volkswirtschaft optimal ausgenutzt sind. Es soll dabei angenommen werden, daß diese optimale Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte dann gegeben ist, wenn bei „Vollbeschäftigung“²³ der Erzeugungsumfang der Optimumbedingung entspricht oder diese doch zumindest nicht überschreitet, daß also die spezifischen Erzeugungskosten, d. h. die Kosten pro Einheit der Erzeugung der — hier als Norm anzusehenden — Verbrauchsgütererzeugung als gewogener Durchschnitt ihr Minimum erreichen oder sich ihm doch nähern, ohne es zu überschreiten.

Die Aufgabe einer allgemeinen Theorie der Alimentierung liegt also zunächst einmal darin, die Bedingungen aufzuzeigen, durch die das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen im Rahmen einer als „geschlossen“ anzusehenden Volkswirtschaft unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeiten, die einerseits in der Einkommenentstehung und andererseits der Einkommensverwendung liegen, bestimmt ist.

Hierbei ist hinsichtlich der Einkommensentstehung zu unterscheiden zwischen jenem alimentierenden Einkommen, das in der Verbrauchsgütererzeugung verdient wird, einerseits und jenem alimentierten Einkommen, das bei der Beschäftigung in der Realinvestierung oder anderen alimentierungsbedürftigen Beschäftigungsarten entsteht, andererseits. Hinsichtlich der Einkommensverwendung ist dann zu unterscheiden zwischen jenem Teil des Einkommens, das für Verbrauchsgüter verausgabt wird, einerseits und andererseits dem erspar-

²³ „Vollbeschäftigung“ soll hier immer dann als gegeben angenommen werden, wenn eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung nur bei einer Steigerung des laufenden Lohnsatzes möglich ist.

Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Zur Theorie der Beschäftigung, a. a. O., S. 437.

ten Teil des Einkommens, wobei in letztgenannter Hinsicht zwischen den „freiwilligen“ Ersparnissen einerseits und andererseits jenem erzwungenen Verbrauchsverzicht zu unterscheiden ist, der sich aus einer entsprechenden Besteuerung ergibt.

Die weitere Aufgabe einer allgemeinen Theorie der Alimentierung liegt dann darin, die Bedingungen aufzuzeigen, die erfüllt sein müssen, damit das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen einer als „geschlossen“ anzusehenden Volkswirtschaft bei einem Umfange der Erzeugung, der Beschäftigung, des Einkommens usw. liegt, das einer optimalen Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte entspricht.

Nun ist aber mit der Gewinnung der angegebenen Bedingungen das Alimentierungsproblem noch nicht erschöpft, sondern es sind damit erst die allgemeinen Grundlagen gewonnen; denn es handelt sich ja in der wirtschaftlichen Wirklichkeit keinesfalls nur um solche Volkswirtschaften, die als „geschlossen“ anzusehen sind, weil ihre wirtschaftliche Entwicklung von einem jeden außenwirtschaftlichen Einflusse frei wäre. Die Volkswirtschaften der wirtschaftlichen Wirklichkeit sind vielmehr alle in mehr oder weniger ausgesprochenem Umfange in den weltwirtschaftlichen Verkehr eingegliedert und daher auch von diesem abhängig. Infolgedessen ist auch das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen der einzelnen Volkswirtschaften sowohl an sich wie auch hinsichtlich seines Niveaus von außenwirtschaftlichen Einflüssen abhängig, die — je nach der besonderen Art der Eingliederung der einzelnen Volkswirtschaften in die weltwirtschaftlichen Beziehungen — daher auch im einzelnen zu untersuchen sind, wenn eine eindeutige und vor allem auch praktisch brauchbare Lösung des Alimentierungsproblems gewünscht wird. Um hier zu klaren Ergebnissen kommen zu können, müssen daher auch die grundsätzlichen Gesichtspunkte angegeben werden, die insbesondere auch für die unterschiedliche Art der Eingliederung der einzelnen Volkswirtschaften in den weltwirtschaftlichen Verkehr und damit auch für die Art ihrer Stellung im Rahmen des Alimentierungsproblems bedeutsam sind.

Ebenso wie das S a y s c h e Teorem eines der wesentlichsten Hindernisse ist, um hinsichtlich der i n n e r wirtschaftlichen Vorgänge in der Geldwirtschaft und insbesondere hinsichtlich der Frage des Gleichgewichtes im innerwirtschaftlichen Kreislaufgeschehen zu eindeutigen Ergebnissen zu kommen, kann wohl die Außenhandelstheorie der „komparativen Kosten“ als das wesentlichste Hindernis dafür angesehen werden, in der A u ß e n wirtschaftstheorie zu eindeutigen Resultaten zu gelangen; denn die Theorie der komparativen Kosten kennt außenwirtschaftliche Beziehungen nur in Form eines A u s t a u s c h e s von Gütern, der derart erfolgt, daß sich die Güter im Verhältnis ihrer relativen Erzeugungskosten austauschen — von anderen noch zu erheben-

den Einwänden einmal ganz abgesehen —; während die internationale Arbeitsteilung in der Tat nicht auf dem Wege des Austausches von Gütern, sondern vielmehr auf Grund jener „einseitigen Wertübertragungen“ sich entwickelt hat (und sowohl im Verlaufe ihrer Entwicklung wie auch in ihren Ergebnissen von diesen in bestimmender Weise beherrscht wird), die im Rahmen der „klassischen“ Außenwirtschaftstheorie keine oder doch keine systemgerechte Erklärung gefunden haben und sie im Rahmen der Theorie der komparativen Kosten auch nicht finden konnten²⁴.

Zum eindeutigen Verständnis des Alimentierungsproblems in außenwirtschaftlicher Beziehung muß daher die internationale Arbeitsteilung wie sie sich auf Grund einseitiger Wertübertragungen vollzogen hat, in ihrer Entwicklung und ihren Ergebnissen sowie auch in ihren tragenden Ursachen kurz angedeutet werden. Dabei kann es natürlich nicht die Aufgabe der vorliegenden Untersuchungen sein, eine eingehende Analyse aller hier relevanten Zusammenhänge vorzunehmen^{24a}.

Den eigentlichen Anlaß zur Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung in weiterem Rahmen und auf Grund einseitiger Wertübertragungen bildete die Tatsache, daß eine wirtschaftliche Ausnutzung des Erzeugungsapparates der alten europäischen Volkswirtschaften in der bisherigen Weise unmöglich war, nachdem diese ihren Erzeugungsapparat auf Grund der vielen Erfindungen in höchstem Maße technisiert hatten. Das beruhte darauf, daß der Erzeugungsumfang, der sich bei einer wirtschaftlichen Ausnutzung der neuen Erzeugungskapazitäten ergab, derart war, daß er die Bedarfsmöglichkeiten der eigenen Volkswirtschaft bei weitem überschritten hätte. Es mußte also entweder auf eine wirtschaftliche Ausnutzung des Erzeugungsapparates verzichtet und dementsprechend eine erhebliche Reduktion im Erzeugungsumfange ebenso wie auch im Umfange der Beschäftigung in Kauf genommen werden, wie dies die „Freisetzungstheorie“ annahm, oder aber es mußte die Möglichkeit geschaffen werden, den bei wirtschaftlicher Ausnutzung

²⁴ In diesem Sinne stellt daher auch F. Eulenburg (Großbrauwirtschaft und Autarkie, Jena 1932, S. 62, Anm. 24) zutreffend fest, daß „die internationalen Kapitalbewegungen in der Theorie der komparativen Kosten keinen Platz“ gefunden haben.

B. Ohlin (Die Beziehungen zwischen internationalem Handel und internationalen Bewegungen von Kapital und Arbeit, ZfN., Bd. 2, 1932, S. 161) weist zutreffend auf diesen Mangel hin.

Vielleicht liegt die Unmöglichkeit, die „einseitigen Wertübertragungen“ im Rahmen der klassischen Außenhandelstheorie erfassen zu können, letztlich auch an der dieser Theorie unterstellten Voraussetzungen der Unbeweglichkeit der Produktionsfaktoren, in der die „klassische“ Theorie ja auch das Kriterium für den Unterschied zwischen Außenhandel und Binnenhandel sah.

^{24a} Siehe hierzu und zu folgendem auch A. Forstmann: Zur Frage der Erneuerung der Außenwirtschaftstheorie und ihres Einbaus in die allgemeine volkswirtschaftliche Theorie, JbfNuSt., Bd. 164, 1951.

des Erzeugungsapparates sich ergebenden Erzeugungsüberschuß über den Bedarf aller — also auch der in der Realinvestierung beschäftigten — Produktionsfaktoren auf dem Wege der einseitigen Wertübertragung als Ausfuhrüberschuß an andere Volkswirtschaften abzusetzen, um damit auch die sonst überschüssigen Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß einzuschalten, wie dies der sogenannten „Kompensationstheorie“ entsprach²⁵.

Die Möglichkeit zur Erzielung eines solchen Ausfuhrüberschusses war nun gegeben durch die Tatsache, daß die neuen überseeischen Länder, die durch die — infolge der neuen Erfindungen — verkürzten Verkehrswege den europäischen Volkswirtschaften wirtschaftlich nähergerückt worden waren, zur Aufschließung ihrer natürlichen günstigen Erzeugungsbedingungen einen Einfuhrüberschuß an Kapitalgütern und Alimentierungsmitteln des Produktionsfaktors „Arbeit“²⁶ benötigten, den ihnen die alten europäischen Volkswirtschaften zur Verfügung stellen konnten. Die neuen überseeischen Länder konnten den europäischen Volkswirtschaften für diese, ihnen zur Verfügung gestellten Güter einen Gegenwert zunächst auch nicht bieten, da sie ja nicht über ausreichende Möglichkeit zur Güterproduktion verfügten. Und die alten europäischen Volkswirtschaften konnten einen solchen Gegenwert zunächst auch gar nicht brauchen, da sie ja, wollten sie ihre nationalen Produktivkräfte einigermaßen wirtschaftlich ausnutzen, auf einen Überschuß der Erzeugung über die eigenen Bedarfsmöglichkeiten angewiesen waren, den sie nur dann erreichen konnten, wenn es ihnen möglich war, ihn auf dem Wege des Ausfuhrüberschusses an andere Volkswirtschaften abzusetzen.

Trotzdem erfolgten diese einseitigen Güterbewegungen nicht ohne einen jeden Gegenwert, dieser lag vielmehr darin, daß die neuen überseeischen Länder Schuldner der alten europäischen Volkswirtschaften wurden.

Die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung auf der Grundlage einseitiger Wertübertragungen kommt also darin zum Ausdruck, daß die neuen überseeischen Volkswirtschaften

²⁵ Die „Freisetzungstheorie“ stellt zwar richtig fest, daß eine Rationalisierung der Erzeugung — ceteris paribus — zu einer Freisetzung von Arbeitskräften führen müßte, wie dies ja auch für die Entwicklung im „short-run“ zutrifft; sie übersah aber dabei die von der „Kompensationstheorie“ betonte Tatsache, daß eine Freisetzung von Arbeitskräften dadurch auf die Dauer doch kompensiert werden würde, daß die frei gesetzten Arbeitskräfte in neuen Erzeugungsarten Arbeit finden würden, wie dies ja auch in der Tat der Fall war.

²⁶ In diesem Sinne bezeichnet ja auch W. E u c k e n (Kapitaltheoretische Untersuchungen, a.a.O., S. 125) — wenn natürlich an sich auch etwas einseitig — als Kapital „die Verfügungsmacht über Konsumgüter, soweit sie sich in Händen der Unternehmer befinden“. (Im Original gesperrt.)

dadurch zu werdenden Schuldnerländern wurden, daß sie seitens der alten europäischen Volkswirtschaften Güter zur Aufschließung ihrer natürlichen günstigen Erzeugungsbedingungen auf dem Wege des Einfuhrüberschusses erhielten, da sie vorläufig noch nicht dazu in der Lage waren, hierfür einen Gegenwert bieten zu können. Die alten europäischen Volkswirtschaften erhielten demgegenüber im Verlaufe dieser Entwicklung den Charakter werdender Gläubigerländer, weil sie den überseeischen Volkswirtschaften die zur Aufschließung ihrer natürlichen günstigen Erzeugungsbedingungen erforderlichen Güter auf dem Wege der Kapitalausfuhr zur Verfügung stellten.

Im Verlaufe der weiteren außenwirtschaftlichen Entwicklung kehrten sich diese Verhältnisse nun langsam und kontinuierlich um. Das beruhte darauf, daß die neuen überseeischen Länder im Verlaufe ihrer Aufschließung immer weniger Aufschließungsmittel benötigten, während die alten europäischen Länder infolge ihrer fortlaufend steigenden Bevölkerungszahl und der sich hieraus ergebenden Steigerung auch der Bevölkerungsdichte ihre Erzeugung immer mehr für sich benötigten, so daß sich also ihr Erzeugungsüberschuß immer mehr verringerte. Schließlich steigerte sich die Erzeugung in den neuen überseeischen Ländern derart, daß diese bei wirtschaftlicher Ausnutzung ihrer aufgeschlossenen günstigen Erzeugungsbedingungen einen Erzeugungsumfang erreichten, der die eigenen Bedarfsmöglichkeiten mehr oder weniger ausgeschöpft überschritt und der infolgedessen nur verwertet werden konnte, wenn es gelang, ihn als Ausfuhrüberschuß an andere Volkswirtschaften abzusetzen.

Aber auch in diesem Falle waren — ähnlich, wenn auch auf andere Weise wie früher bei den alten europäischen Ländern — die Möglichkeiten gegeben, diesen Erzeugungsüberschuß auf dem Wege der einseitigen Wertübertragungen als Ausfuhrüberschuß an andere Volkswirtschaften absetzen zu können. Das beruhte darauf, daß die alten europäischen Volkswirtschaften, wie schon gesagt wurde, ihren Bevölkerungsumfang und damit auch ihre Bevölkerungsdichte in einem Ausmaße gesteigert hatten, daß sie ihren Bedarf an Agrarprodukten und Rohstoffen nicht mehr aus der eigenen Volkswirtschaft heraus befriedigen konnten und daher auf einen entsprechenden Einfuhrüberschuß angewiesen waren, wenn sie ihre nationalen Produktivkräfte ohne Senkung ihres Lebensstandards wirtschaftlich ausnutzen wollten.

Die finanzielle Voraussetzung, die den alten europäischen Volkswirtschaften die Realisierung des für sie erforderlichen Einfuhrüberschusses gestattete, waren die Zinseinnahmen, die sie aus ihren früheren Kapitalausfuhr nach den neuen überseeischen Ländern zu beanspruchen hatten; und diese letzteren konnten ihren Zinsverpflichtungen dadurch

nachkommen, daß sie diese auf dem allein möglichen güterwirtschaftlichen Wege eines entsprechenden Ausfuhrüberschusses an den von ihnen vor allem erzeugten Agrarprodukten und Rohstoffen ausglich.

Im Gegensatz zu den früheren Kapitalausfuhren der alten europäischen Länder waren diese zum Zwecke der Zinszahlungen durchgeführten einseitigen Wertübertragungen natürlich nicht nur provisorisch, sondern auch definitiv unentgeltlich, weil sie ja selber das Entgelt für die früher zur Verfügung gestellten Kapitalien darstellten.

Das Ergebnis der internationalen Arbeitsteilung auf dem Wege einseitiger Wertübertragungen kommt also darin zum Ausdruck, daß die neuen überseeischen Länder zu definitiven Schuldnerländern geworden waren, die ihre Schuldzinsen in Form ihres Erzeugungsüberschusses bezahlten, auf dessen Effektivierung sie angewiesen waren, wenn sie ihre nationalen Produktivkräfte wirtschaftlich ausnutzen wollten, während andererseits die alten europäischen Volkswirtschaften den Charakter definitiver Gläubigerländer gewonnen hatten, die ihre Schuldzinsen in Form eines Einfuhrüberschusses an Agrarprodukten und Rohstoffen entgegennahmen, auf die sie angewiesen waren, wenn sie ihre nationalen Produktivkräfte bei ausreichendem Lebensstandard wirtschaftlich ausnutzen wollten²⁷.

Bevor wir die sich hieraus ergebenden Zusammenhänge mit dem Alimentierungsproblem betrachten können, muß — mit Rücksicht gerade auch auf das Verständnis für diese Zusammenhänge im einzelnen — zunächst noch kurz untersucht werden, durch welche grundsätzlichen Einflüsse die für die internationale Arbeitsteilung — sowohl hinsichtlich ihrer Entwicklung wie auch ihrer Ergebnisse — charakteristischen einseitigen Wertübertragungen im einzelnen bestimmt wurden, d. h. wodurch sie letztlich verursacht werden.

Wie gezeigt wurde, findet die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung ihren Ausdruck darin, daß die alten europäischen Volkswirtschaften bei Ausnutzung ihrer nationalen Produktivkräfte über einen Erzeugungsüberschuß über ihren eigenen Bedarf verfügten, der seinen monetären Ausdruck in entsprechenden Ersparnissen findet, die aber innerhalb der eigenen Volkswirtschaft selber keine Verwendung finden können, weil der Umfang der erforderlichen Realinvestitionen nicht ausreicht, diese Ersparnisse aufzunehmen. Infolgedessen ist die technische Grenzproduktivität des Realkapitals in den alten europäischen Volkswirtschaften entsprechend niedrig. Der Produktionsfaktor „Kapital“ ist hier in einem, bezogen auf die optimale Kombination der Produktionsfaktoren, überreichlichem Maße vorhanden.

²⁷ Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Zur außenwirtschaftlichen Nachkriegsproblemik, WA., Bd. 67, 1951.

Umgekehrt verfügen die neuen überseeischen Länder zwar über ein Übermaß des Produktionsfaktors „Boden“, dessen Grenzergiebigkeit daher auch entsprechend niedrig ist, der aber nicht ausnutzbar ist, da der hierzu erforderliche Produktionsfaktor „Kapital“ nicht in ausreichender Menge zur Verfügung steht, so daß also die technische Grenzproduktivität des Realkapitals in den neuen überseeischen Ländern entsprechend hohe Werte aufweist.

Es findet also eine Übertragung des Produktionsfaktors „Kapital“ aus den alten europäischen Volkswirtschaften in die neuen überseeischen Länder statt, weil die Anlage von Kapital in den neuen überseeischen Ländern weit günstigere Erträge verspricht, als sie in den dies Kapital ausführenden Ländern erreichbar wären. Die neuen überseeischen Länder können diese Verzinsung bieten, weil sie durch die Einfuhr des Produktionsfaktors „Kapital“ und seine Verbindung mit dem überreich vorhandenen Produktionsfaktor „Boden“ zu einer besseren Kombination der Produktionsfaktoren kommen.

In der gleichen Richtung wie der Produktionsfaktor „Kapital“ wird sich auch der Produktionsfaktor „Arbeit“ in der Form der Abwanderung von Arbeitskräften bewegen, wenn in den alten europäischen Ländern ein Übermaß von Arbeitskräften vorhanden und daher die Grenzergiebigkeit des Produktionsfaktors „Arbeit“ niedrig ist, während die neuen überseeischen Länder nicht über eine genügende Zahl von Arbeitskräften verfügen, um die Aufschließung ihrer günstigen natürlichen Erzeugungsbedingungen in ausreichend kurzen Zeiträumen durchführen zu können, so daß die Grenzergiebigkeit des Produktionsfaktors „Arbeit“ — ebenso wie die des Produktionsfaktors „Kapital“ — in den neuen überseeischen Ländern entsprechend hohe Werte aufweist.

Nach erfolgter Aufschließung verfügen die neuen überseeischen Länder über einen Erzeugungsumfang, der die Bedarfsmöglichkeiten der eigenen Volkswirtschaft mehr oder weniger ausgesprochen überschreitet, und zwar besteht dieser Erzeugungsüberschuß vorwiegend aus Agrarprodukten und Rohstoffen; er repräsentiert also einen Überschuß des Produktionsfaktors „Boden“, dessen Grenzergiebigkeit daher auch entsprechend niedrige Werte aufweist.

Umgekehrt sind die Versorgungsmöglichkeiten mit Agrarprodukten und Rohstoffen aus der eigenen Volkswirtschaft in den alten europäischen Ländern nicht mehr ausreichend, da der Umfang der Bevölkerung und damit die Bevölkerungsdichte stark zugenommen hat. Infolgedessen hat hier auch die Grenzergiebigkeit des Produktionsfaktors „Boden“ entsprechend hohe Werte.

Eine optimale Kombination der Produktionsfaktoren sowohl für die neuen überseeischen Länder wie auch für die alten europäischen

Volkswirtschaften macht es also vorteilhaft bzw. erforderlich, daß die neuen überseeischen Länder den Produktionsfaktor „Boden“ abgeben, während die alten europäischen Volkswirtschaften ihn einführen müssen. Diese Notwendigkeit ergibt sich auch aus der Tatsache, daß die Grenzergiebigkeit des Produktionsfaktors „Boden“ in den alten europäischen Volkswirtschaften hoch ist, während sie in den neuen überseeischen Ländern niedrige Werte hat. Infolgedessen finden auch die internationalen Zinseinnahmen der alten europäischen Volkswirtschaften Verwendung zur Einfuhr des Produktionsfaktors „Boden“, die nun aber — da der Boden an sich unbeweglich ist und daher auch als solcher nicht übertragen werden kann — hier in der mittelbar-repräsentativen Form seiner Produkte erfolgt.

Die internationale Arbeitsteilung ist also sowohl in ihrer Entwicklung wie auch in ihren Ergebnissen dadurch gekennzeichnet, daß sie unter dem Gesetz eines Ausgleichs der Erzeugungsbedingungen der verschiedenen Volkswirtschaften in Richtung auf eine optimale Kombination der Produktionsfaktoren steht, derart, daß die Grenzergiebigkeit der überoptimal vorhandenen Produktionsfaktoren niedrige und die der unteroptimal vorhandenen Produktionsfaktoren hohe Werte aufweist, so daß sich der Ausgleich der relativen Erzeugungsbedingungen auf dem Wege der einseitigen Wertübertragungen derart vollzieht, daß sich die Produktionsfaktoren aus Ländern mit niedriger in solche mit hoher Grenzergiebigkeit entweder unmittelbar — wie die Produktionsfaktoren „Kapital“ und „Arbeit“ — oder aber mittelbar-repräsentativ — wie der Produktionsfaktor „Boden“ — bewegen²⁸.

Die Außenhandels- theorie der komparativen Kosten ist dann — um das hier nur kurz zu sagen — nur ein Sonderfall einer allgemeinen Außenwirtschafts- theorie der Grenzergiebigkeiten, weil durch sie nur der internationale Austausch von Gütern erklärt wird, wobei das Gleichgewicht der relativen Erzeugungsbedingungen der einzelnen Volkswirtschaften als gegeben unterstellt wird. Dieser Charakter des Sonderfalles ergibt sich auch daraus, daß die Theorie der komparativen Kosten den internationalen Güter- austausch — bei

²⁸ Wie auch B. Ohlin (a.a.O., S. 161) feststellt, bewegen sich die Produktionsfaktoren „allgemein gesagt, von Ländern, wo ihre Grenzproduktivität niedrig ist, nach Ländern, wo sie größer ist“. Allerdings geht Ohlin von einem Austausch und nicht — wie dies allein in diesem Zusammenhange zutreffend ist — von einseitigen Wertübertragungen der Produktionsfaktoren aus.

Siehe hierzu auch die Untersuchungen von F. H. Knight (Risk, Uncertainty and Profit, Boston 1921, Chap. 4), der auf den Zusammenhang zwischen der Intensivierung der Bodenbewirtschaftungsweise und seiner Grenzergiebigkeit hinweist.

Ausgeglichenheit der relativen Erzeugungsbedingungen in genere — aus einer Unterschiedlichkeit einzelner spezieller Erzeugungsbedingungen erklärt, die sich in einer entsprechenden Unterschiedlichkeit der jeweiligen speziellen Erzeugungskosten äußert.

Hierbei ist noch die für die vorliegenden Zusammenhänge wichtige Tatsache zu beachten, daß nur bei der unmittelbaren Übertragung, wie sie im Falle der Übertragung des Produktionsfaktors „Kapital“ gegeben ist, die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit einer definitiv entgeltlichen Übertragung besteht, weil hier ein wirklicher „Fonds“ geschaffen wird, aus dem ein solches Entgelt geleistet werden kann. Deshalb kann auch die nur mittelbar-repräsentative Übertragung des Produktionsfaktors „Boden“, wie sie in der Form seiner Produkte erfolgt, immer nur definitiv-unentgeltlich sein, weil hier ja kein „Fonds“ geschaffen wird, aus dem ein Entgelt geleistet werden könnte. Diese Zusammenhänge und Bedingtheiten sind besonders für die Beurteilung exogen bedingter Störungen im außenwirtschaftlichen Geschehen von bestimmender Wichtigkeit²⁹.

Es müssen nun noch die außenwirtschaftlichen Zusammenhänge vom Blickpunkt des Alimentierungsproblems kurz betrachtet werden. Diese sind den innerwirtschaftlichen Beziehungen zwischen alimentierender und alimentierter Beschäftigung durchaus analog. Es bestehen hier zwei hinsichtlich der Alimentierung korellierende Paare von internationalen Strukturtypen³⁰, und zwar entsprechen sich

1. hinsichtlich der Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung die beiden Strukturtypen der werdenden Schuldnerländer einerseits, der werdenden Gläubigerländer andererseits insofern, als die ersteren seitens der letzteren aus deren Erzeugungsüberschuß alimentiert werden und
2. hinsichtlich der Ergebnisse der internationalen Arbeitsteilung die beiden internationalen Strukturtypen der definitiven Gläubigerländer einerseits, der definitiven Schuldnerländer andererseits insofern, als auch hier die ersteren seitens der letzteren aus deren Erzeugungsüberschuß alimentiert werden.

Bei der Untersuchung des außenwirtschaftlichen Alimentierungsproblems, das naturgemäß auch die innerwirtschaftlichen Vorgänge

²⁹ Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Zur außenwirtschaftlichen Nachkriegs-problematik, a.a.O.

³⁰ Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Zur Frage der Erneuerung der Außenwirtschaftstheorie und ihres Einbaus in die allgemeine volkswirtschaftliche Theorie, a.a.O.

nicht unberührt läßt insofern, als die innerwirtschaftliche Entwicklung und dementsprechend auch das Gleichgewicht im innerwirtschaftlichen Kreislaufgeschehen durch außenwirtschaftliche Einflüsse entsprechend modifiziert wird, muß der Unterschied, der innerwirtschaftlich zwischen alimentierender und alimentierter Beschäftigungsart besteht, in ganz besonderer Weise berücksichtigt werden. Die Notwendigkeit hierzu ergibt sich daraus, daß sich ja in außenwirtschaftlicher Hinsicht nicht — wie dies innerwirtschaftlich der Fall ist — nur verschiedene Wirtschaftssubjekte ein und derselben Volkswirtschaft, sondern vielmehr verschiedene Volkswirtschaften korrelierend im Rahmen der Alimentierungsvorgänge gegenüberstehen.

Weiterhin muß auch der in innerwirtschaftlicher Hinsicht innerhalb der alimentierten Gruppen von Wirtschaftssubjekten bestehende Unterschied zwischen den Produktionsfaktoren der Realinvestierungen, die aus den „echten“, d. h. freiwilligen Ersparnissen der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung alimentiert werden, einerseits und jenen anderen Einkommensempfängern andererseits berücksichtigt werden, die — wie Beamte, Pensionäre, Rentner usw. — ihr Einkommen aus Steuern beziehen, die also aus einem „erzwungenen“ Verbrauchsverzicht der Produktionsfaktoren alimentiert werden.

Dieser Unterschied äußert sich in außenwirtschaftlicher Hinsicht darin, daß die „einseitigen Wertübertragungen“, die ja der Ausdruck der außenwirtschaftlichen Alimentierungsvorgänge sind, entweder definitiv-entgeltlich sind, wie dies bei den internationalen Kapitalbewegungen mit ihrer produktiven Alimentierungsfunktion der Fall ist, bei denen ja — eine natürliche, also endogen bedingte wirtschaftliche Entwicklung vorausgesetzt — ein natürlicher „Fonds“ entsteht, aus dem ein solches Entgelt später geleistet werden kann. Oder aber die einseitigen Wertübertragungen sind definitiv-unentgeltlich, wie dies bei der Übertragung des Produktionsfaktors „Boden“ in der mittelbarrepräsentativen Form seiner Produkte mit ihrer konsumtiven Alimentierungsfunktion der Fall ist, bei denen ja auch kein „Fonds“ zur Entstehung gelangt, aus dem ein späteres Entgelt entnommen werden könnte.

Auch das außenwirtschaftliche Alimentierungsproblem ist ein Gleichgewichtsproblem; es müssen daher auch hier die Bedingungen festgestellt werden, die erfüllt sein müssen, damit unter den jeweils gegebenen außenwirtschaftlichen Einflüssen das Gleichgewicht im innerwirtschaftlichen Kreislaufgeschehen gewahrt ist. Und es müssen weiterhin die Bedingungen untersucht werden, die erfüllt sein müssen, damit das Gleichgewicht jeweils ein Niveau erreicht, das einer optimalen Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte entspricht.

II. Die Theorie der innerwirtschaftlichen Alimentierung

A. Allgemeines

Die vorausgegangenen Betrachtungen haben die Grundlagen des Alimentierungsproblems aufgezeigt und insbesondere erkennen lassen, daß es sich bei ihm vor allem um ein Problem des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen handelt. Dieses Gleichgewicht ist, wie ebenfalls gezeigt wurde, davon abhängig, daß und in welcher Weise der Überschuß der Verbrauchsgütererzeugung über den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren von solchen Einkommensempfängern nachgefragt wird, die selber keinen Beitrag zur Menge liquider Verbrauchsgüter liefern; und das sind normalerweise im wesentlichen die Produktionsfaktoren der Realinvestierungen.

Da der Überschuß der Verbrauchsgütererzeugung über den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren seinen geldseitigen Ausdruck in den Ersparnissen findet, so ist also die Erreichung des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen davon abhängig, daß bzw. in welchem Umfange die Ersparnisse zur Durchführung von Realinvestierungen Verwendung finden. Das zeigt, daß das Alimentierungsproblem als Problem des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen letztlich dadurch bedingt ist, daß — um mit *Keynes* zu sprechen — „die Entscheidungen, die Spartätigkeit bzw. Investitionstätigkeit bestimmen, von zwei verschiedenen Gruppen von Menschen getroffen [werden], die von ganz verschiedenen Erwägungen geleitet werden und einander nicht viel Beachtung schenken“¹; d. h. es handelt sich hier letztlich um das Problem des Unterschiedes bzw. der Übereinstimmung zwischen den Ersparnissen und den Realinvestierungen, das in jüngerer Zeit — im Anschluß an die Untersuchungen von *Keynes*² — ausführlich

¹ *J. M. Keynes*: Vom Gelde, a.a.O., S. 226.

Im gleichen Sinne wies auch bereits *A. Spiethoff* (Die äußere Ordnung des Kapital- und Geldmarktes, *Schm. Jb.*, Bd. 33, 1909, S. 446) darauf hin, daß die Ersparnis oder, wie er sagt, „das Erwerbsskapital nicht nach einem bestimmten vorher aufgestellten Plan, sondern von einer Unzahl von Personen gebildet wird. Ebenso steht es mit der Erzeugung von Kapitalgütern. Beide Personengruppen sind ohne jeden Zusammenhang“.

Schließlich weist auch *G. Myrdal* (a.a.O., S. 411) darauf hin, daß „zwischen dem Beschluß des Sparers, nicht sein ganzes Geldeinkommen zu konsumieren, und dem Beschluß des Unternehmers, eigenes oder fremdes Kapital zu realinvestieren, . . . ja die ganze Preisbildung und vor allem die Preisbildungsrelationen, die in der Geldtheorie studiert werden“, liegen.

² Vgl. *J. M. Keynes*: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, a.a.O.

diskutiert worden ist³, ohne daß die hier bestehenden Unklarheiten in ausreichender Weise geklärt worden wären.

Erstmalig wurde dieses Problem — unter Berücksichtigung der auch für das Alimentierungsproblem wichtigen Zusammenhänge — in größerer Ausführlichkeit wohl von J. Wilson behandelt⁴, der zu dem Ergebnis kam, daß Realinvestitionen ohne Störungen im wirtschaftlichen Ablaufe nur aus Ersparnissen, nicht aber auch mit Hilfe „zusätzlicher“ Kredite finanziert werden dürfen⁵.

Später haben u. a. L. Walras⁶ und insbesondere auch K. Wicksell mit seinem „kumulativen Prozeß“⁷ die Dynamik des wirtschaftlichen Ablaufes auf Grund von Abweichungen zwischen dem Umfange der Ersparnisse und dem der Investitionen zu erklären versucht. Auch

³ Aus der Vielzahl der Veröffentlichungen seien hier die folgenden genannt:

M. Curtis: Is Money Saving equal to Investment? QJ., vol. 51, 1937; H. Drahota: Sparen, Horten und Zins in der modernen Geldtheorie, Jena 1941; J. M. Keynes: Mr. Robertson on „Saving and Hoarding“, EJ., vol. 43, 1933; C. Kramer: J. M. Keynes über Kapitalersparung und -anlegung, Schm. Jb., Bd. 61, 1937; W. Lautenbach: Über Kredit und Produktion, a.a.O.; derselbe: Zur Zinstheorie von John Maynard Keynes, WA., Bd. 45, 1937; A. P. Lerner Saving equals Investment, QJ., vol. 52, 1938; E. Lukas: Sparen und Investieren, in Dtsch. Geldp., hrsg. v. H. Frank, Berlin 1941; F. A. Lutz: The Outcome of Saving-Instrument Discussion, QJ., vol. 1938; E. Preiser: Sparen und Investieren, JbfNST., Bd. 159, 1944; D. H. Robertson: Saving and Hoarding, EJ., vol. 43, 1933; E. Schneider: Ersparnis und Investition in der geschlossenen Volkswirtschaft, Schm. Jb., Bd. 7, 1943.

⁴ Vgl. J. Wilson: Capital, Currency and Banking, London 1847.

⁵ So meint J. Wilson (ebenda, pg. 125): „Es ist völlig klar, daß kein Gemeinwesen ohne die größten Unbequemlichkeiten und Verwirrungen sein fixes Kapital stärker anwachsen lassen kann, als es fähig ist, Arbeit bei der Erzeugung solcher Güter zu sparen, auf die das Gemeinwesen hinsichtlich der Befriedigung seines täglichen Unterhaltes angewiesen ist. Unter allen Umständen kann das nur der Betrag an Arbeit sein, über den die Sparer des Landes verfügen und den sie aufbringen können, welcher der Steigerung im Umfange des fixen Kapitals dienen kann.“

⁶ Vgl. hierzu L. Walras: Études d'Économie Politiques appliquées, Lausanne 1898; siehe hierzu auch C. Bresciani-Turroni: The Theory of Saving, Eca, NS., vol. 3, 1938, pg. 318.

⁷ Vgl. K. Wicksell: Geldzins und Güterpreise, a.a.O.; siehe auch derselbe: Geld und Kredit, a.a.O.

Bei seinen Untersuchungen geht Wicksell von der irrealen Annahme permanenter Vollbeschäftigung aus und unterstellt, daß „das Banksystem seine Kreditbedingungen unverändert hält“ (G. Myrdal: a.a.O., S. 425), im Gegensatz zu J. M. Keynes (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, S. 141), der eine gegebene Geldmenge und einen veränderlichen Umfang der Beschäftigung unterstellt.

Siehe hierzu auch W. Lautenbach: Zur Zinstheorie von John Maynard Keynes, a.a.O., S. 507 ff.; siehe weiter auch F. A. Hayek: Reflections on The Pure Theory of Money of Mr. J. M. Keynes, Eca., vol. 11, 1931; derselbe: The Pure Theory of Money, a Rejoinder, ebenda.

L. v. Mises⁸, F. A. Hayek⁹, R. v. Strigl¹⁰ u. a. sind hier zu nennen. In gleicher Weise sieht schließlich auch A. Spiethoff die Hauptursache von Störungen im wirtschaftlichen Ablaufe darin, daß keine Übereinstimmung zwischen der „Hervorbringung der Güter des mittelbaren Verbrauchs“ (Investitionen) und der Bildung von „Erwerbskapital“ (Ersparnissen) besteht¹¹.

Auch J. M. Keynes sah die Ursache wirtschaftlicher Schwankungen in seinen früheren Untersuchungen „Vom Gelde“ in einer Nichtübereinstimmung von Ersparnis und Investition, wobei er den Überschuß des Wertes der Realinvestierungen über den der Ersparnisse als „Gewinne“ und den Unterschuß als „Verluste“ bezeichnete. Der erstgenannte Fall ist dann der Ausdruck eines konjunkturellen Aufschwungs, der letztgenannte der eines konjunkturellen Abstiegs, so daß das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen für Keynes gekennzeichnet ist durch den „Nullstand der Gewinne“¹², der immer dann vorliegt, wenn die Realinvestierungskosten gleich sind dem Wert der Realinvestierungen¹³.

Diesen Unterschied zwischen Ersparnis und Investition läßt Keynes dann später fallen, indem er beide Größen einfach als einander gleich definiert, und zwar gelingt ihm dies deshalb scheinbar, weil er für die Ersparnis keine andere Verwendung als die der Investition

⁸ Vgl. L. v. Mises: *Theorie des Geldes und der Umlaufmittel*, München und Leipzig 1912.

⁹ Vgl. F. H. Hayek: *Preise und Produktion*, Wien 1931.

¹⁰ Vgl. R. v. Strigl: *Kapital und Produktion*, a.a.O.

¹¹ Vgl. A. Spiethoff: Artikel „Krisen“ im *Hwb. d. Stw.* 4. Aufl., Bd. 6.

¹² J. M. Keynes: *Vom Gelde*, a.a.O., S. 124 f.

¹³ Keynes, der sich hier in vollem Widerspruch zu seiner früheren Ansicht (*Vom Gelde*, a.a.O., S. 141) befindet, „man könnte vermuten — und das ist häufig geschehen — daß die Höhe der Investition notwendigerweise gleich der Höhe der Ersparnisse ist. Aber wir werden sehen, daß dies nicht der Fall ist“, meint nunmehr hierzu (*Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, a.a.O., S. 55) „vorausgesetzt, daß wir übereinstimmen, daß das Einkommen gleich dem Werte der laufenden Produktion ist, daß die laufende Investition gleich dem Werte der laufenden Produktion ist, die nicht verbraucht wird, und daß die Ersparnis gleich dem Überschuß des Einkommens über den Verbrauch ist — was alles mit dem gesunden Menschenverstand und mit dem überlieferten Gebrauch der Mehrzahl der Ökonomen vereinbar ist —, ... die Gleichheit der Ersparnis und der Investition mit Notwendigkeit“ folge; d. h. Keynes definiert Ersparnis und Investition identisch.

In diesem Sinne weisen daher auch G. Haberler (*Some Comments on Mr. Keynes Review of Prosperity and Depression*, *EJ.*, vol. 48, 1938) ebenso wie auch R. G. Hawtrey (*Capital and Employment*, a.a.O., pg. 174; siehe auch derselbe: *Alternative Theories of the Rate of Interest*, *EJ.* vol. 47, 1937, pg. 437) darauf hin, daß Keynes Ersparnis und Investition identisch als den Wert des nicht dem Verbrauch gewidmeten Teils des Einkommens definiert.

kennt¹⁴. Diese Art der Definierung muß ihn daher auch zu einer Reihe von Irrtümern führen, auf die im Verlaufe der weiteren Untersuchungen noch einzugehen sein wird.

Die Bedeutung, die die Realinvestierungen¹⁵ in ihrem Verhältnis zum Umfange der laufenden Ersparnisse für das Alimentierungsproblem haben, beruht darauf, daß durch sie eine Aktivierung jenes „sterilen“ Teiles der Ersparnisse bewirkt wird, der seitens der Einkommensempfänger — entweder unmittelbar in ihren Kassen oder mittelbar bei den Banken — gehortet wird. Die „immanente Liquidität“ der Banken¹⁶ erfährt also durch Realinvestierungen insofern eine Verbesserung, als die Unternehmer zur Entlohnung der Produktionsfaktoren der Realinvestierungen fortlaufend Einkommensgeld benötigen, das fortlaufend ausgegeben wird, dadurch die Verbrauchsgütererzeugung anregt und auf dem Wege erhöhter Umsätze zu den Banken immer wieder zurückfließt.

Die Wirkungen der Realinvestierungen — wie überhaupt einer jeden Beschäftigungsart, die Einkommen entstehen läßt, ohne daß hierdurch eine Steigerung im Umfange der liquiden Verbrauchsgüter verursacht würde — ist daher die, daß durch sie eine gesteigerte Nachfrage nach Verbrauchsgütern induziert wird, die — aus Gründen, die noch im einzelnen darzulegen sein werden — regelmäßig multiplikativer Natur sein wird. Es handelt sich also im folgenden zunächst vor allem

¹⁴ Keynes übersieht hierbei, daß — wie auch H. Drahot a (a.a.O., S. 45), wenn auch nicht in bezug auf die Untersuchungen von Keynes, zutreffend feststellt — zwar „alle im Produktionsprozeß aufgewendeten Kosten Einkommen werden, daß aber diese Einkommen . . . nicht alle ausgegeben zu werden brauchen; und zwar wird dies dann nicht der Fall sein, wenn Einkommensgeld gehortet wird. Damit ist S a y s Gesetz durchbrochen“.

Die Horte aber sind — wie G. Haberler (Prosperität und Depression, Bern 1948, S. 194) zutreffend feststellt — „dem terminologischen System von Keynes fremd“, und das gilt noch mehr hinsichtlich seiner „Allgemeinen Theorie“ als hinsichtlich seiner Untersuchungen „Vom Gelde“. Er spricht von ihnen — wie Haberler fortfährt — nur dann, „wenn auf Theorien anderer Schriftsteller hingewiesen wird“.

Das gleiche gilt auch hinsichtlich des güterwirtschaftlichen Äquivalents der Horte, der „Läger“, denen Keynes eine noch geringere Aufmerksamkeit widmet als den Horten; obgleich namentlich R. G. Hawtrey (Capital and Employment, a.a.O., pg. 176 ff.) immer wieder mit Nachdruck auf ihre Bedeutung hingewiesen hat.

¹⁵ Unter „Realinvestierungen“ ist hier nur derjenige Teil der Ersparnisse verstanden, der zur Finanzierung neuer Produktionsanlagen, also der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung im eigentlichen Sinne dient — soweit hierzu nicht von „zusätzlichen“ Krediten Gebrauch gemacht wird. Es ist daher hierunter auch nicht derjenige Teil der Ersparnisse zu verstehen, der „gehortet“ wird und dessen güterwirtschaftliches Äquivalent daher im Gleichgewicht die „Läger“ sind.

¹⁶ Vgl. hierzu auch H. Gestrich: Kredit und Sparen, Jena 1944, S. 62 ff.

darum, die Beziehungen festzustellen, die zwischen dem Umfange der Realinvestierungen und dem der Verbrauchsgütererzeugung hinsichtlich des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen bestehen.

B. Alimentierung und Gleichgewicht¹⁷

Für die Feststellung des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen ist zunächst die Erkenntnis der Einflüsse von Wichtigkeit, die durch das Einkommen — unter Berücksichtigung sowohl seiner Entstehung wie auch seiner Verwendung — auf den wirtschaftlichen Ablauf ausgeübt werden. Hier zeigt sich auch die Bedeutung, die eine richtig aufgebaute Einkommenstheorie des Geldwertes — gegenüber der nur an Symptomen orientierten Quantitätstheorie — für die Erklärung des wirtschaftlichen Ablaufes hat.

Berücksichtigt man, daß das Einkommen nichts anderes ist als der Ausdruck der aufgewendeten Produktionskosten im weitesten Sinne, so kann für die Höhe des laufenden Einkommens — unter Berücksichtigung der beiden grundsätzlichen Erzeugungsarten, in denen es verdient wird — seiner Entstehung nach die Beziehung

$$e = k_v + k_i \quad (1a)$$

gesetzt werden, wobei k_v und k_i die Erzeugungskosten der Verbrauchsgüter bzw. der Realinvestierungen im weitesten Sinne repräsentieren.

Nimmt man weiter an, daß die Einkommen entweder dazu verwendet werden, Verbrauchsgüter zu kaufen oder aber Ersparnisse zu machen, so ist das Einkommen seiner Verwendung nach bestimmt zu

$$e = v + s, \quad (1b)$$

wobei v der Betrag der Verbrauchsausgaben und s die Höhe der Ersparnisse ist, die aus dem Einkommen gemacht werden.

Wie bereits gesagt wurde, setzt das Bestehen eines Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen voraus, daß die Erzeugung zu ihren Produktionskosten — im weitesten Sinne aufgefaßt — Absatz gefunden hat und findet. Das bedeutet, daß für das Gleichgewicht die Bedingungen

$$\left. \begin{array}{l} v = k_v \\ s = k_i \end{array} \right\} \quad (2)$$

erfüllt sind, d. h. daß die Verbrauchsausgaben gleich den Kosten der Verbrauchsgütererzeugung und die Ersparnisse gleich den Kosten der Realinvestierungen sein müssen. Das Gleichgewicht im wirtschaftlichen

¹⁷ Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Der Gleichgewichtsbegriff als Grundlage der Verlaufsanalyse und der wirtschaftswissenschaftlichen Integration, ZfgStw. Bd. 108, 1951.

Kreislaufgeschehen läßt sich dann also — unter Berücksichtigung natürlich der durch Formel (2) ausgedrückten Zusammenhänge — durch die Beziehung

$$\frac{k_v}{k_i} = \frac{v}{s} \quad (3)$$

ausdrücken. Es setzt also — unabhängig vom absoluten Umfange der Erzeugung, der Beschäftigung, der Einkommen usw. — eine sinngemäße Entsprechung zwischen geldseitigen und güterwirtschaftlichen Vorgängen voraus und ist dann gegeben, wenn sich die Kosten der Verbrauchsgütererzeugung zu denen der Realinvestitionen verhalten wie die Verbrauchsausgaben zu den Ersparnissen¹⁸. In diesem Falle erleidet der Verbrauchswert des Geldes keine Veränderung.

Dieses Gleichgewicht, wie es seinen rechnerischen Ausdruck in Formel (3) findet, ist ein Gleichgewicht *ex post*. Soll es nicht nur einen Momentausschnitt des wirtschaftlichen Ablaufes, sondern auch einen Zustand dieses Geschehens zum Ausdruck bringen, dann muß es als unveränderlich während dieses Zeitraumes angenommen werden. Das ist dann der Fall, wenn sich nicht nur die angegebenen Wertrelationen, sondern wenn sich auch die absoluten Werte nicht verändern. Das aber setzt voraus, daß die Unternehmer in ihrer Gesamtheit gesehen keine Veranlassung haben, ihre Dispositionen zu ändern. Und das ist nur dann der Fall, wenn die Bedingungen des monetären Gleichgewichtes erfüllt sind. Dieses Gleichgewicht liegt bekanntlich dann vor, wenn sich der „virtuelle“ Zins als Ausdruck der unternehmerischen Antizipationen mit dem „Marktzinsfuß“ als Ausdruck der Realinvestierungskosten im weitesten Sinne in Übereinstimmung befindet. Dieses monetäre Gleichgewicht ist *ex ante* Kategorie, weil es bestimmt wird durch die unternehmerischen Antizipationen und ihr Verhältnis zu den von ihnen aufzuwendenden Kosten¹⁹.

Eine Störung des monetären Gleichgewichtes liegt also immer dann vor, wenn das Verhältnis des „virtuellen“ Zinses zum „Marktzinsfuß“ vom Werte der Einheit abweicht, und zwar wird ein solches Abweichen eine expansive wirtschaftliche Entwicklung zum Ausdruck bringen, wenn das angegebene Verhältnis der relevanten Zinssätze den Wert der Einheit überschreitet, während ein solches Abweichen eine kontraktive

¹⁸ Das entspricht auch der von Keynes (Vom Gelde, a.a.O., S. 110) angegebenen Bedingung für das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen, das hiernach dann vorliegt, wenn „die Erzeugung, gemessen an den Produktionskosten, zwischen Konsumgütern und Investitionsgütern in dem gleichen Verhältnis aufgeteilt ist wie die Ausgaben zwischen dem laufenden Konsum und der Ersparnis“.

¹⁹ Vgl. hierzu auch A. Forstmann, Zur monetären Gleichgewichtsproblematik, Schm. Jb., Bd. 63, 1943.

wirtschaftliche Entwicklung zum Ausdruck bringt, wenn das angegebene Verhältnis den Wert der Einheit unterschreitet.

In einem solchen Falle des monetären Ungleichgewichtes werden sich die Werte der in Formel (3) wiedergegebenen Bedingung des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen verändern. Daraus wird sich ein Ungleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen ergeben, wenn hierdurch auch die Relationen der Gleichgewichtsbedingung verändert werden. Ist das nicht der Fall, sondern verändern sich im Falle eines monetären Ungleichgewichtes die Werte der Formel (3) symmetrisch, so daß keine Störungen der Relationen bedingt sind, so liegt ein dynamisches Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen vor, das — je nach dem Charakter des monetären Ungleichgewichtes, durch das die Verschiebung der Gleichgewichtslage verursacht wird — entweder inflatorischer oder deflatorischer Natur ist.

Betrachten wir nunmehr die vom Standpunkte der Alimentierung hinsichtlich des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen relevanten Gesichtspunkte, so ist zu berücksichtigen, daß der von den Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung ersparte Teil ihres Einkommens, der also nicht für Verbrauchsgüter verausgabt wird, der monetäre Ausdruck des Überschusses der Verbrauchsgütererzeugung über den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren darstellt. Dieser würde eine Störung des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen verursachen, wenn er nicht von den Produktionsfaktoren der Realinvestitionen, die ja keinen Beitrag zur Menge der liquiden Verbrauchsgüter liefern, nachgefragt werden würde. Daraus ergibt sich die vom Standpunkte der Alimentierung zu stellende Bedingung des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen dahingehend, daß die Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung gleich sein müssen den Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen, wenn das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen gewahrt sein soll.

Unterstellt man nun eine einheitliche durchschnittliche Sparquote innerhalb der Volkswirtschaft, die dann gegeben ist zu

$$\sigma = \frac{s}{e} = \frac{s_v}{k_v} = \frac{s_i}{k_i}, \quad (4)$$

wobei s_v bzw. s_i die Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung bzw. der Realinvestitionen sind und k_v bzw. k_i ihr Einkommen repräsentieren, so kann für die Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung geschrieben werden

$$s_v = \sigma \cdot k_v \quad (4a)$$

und für die der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen

$$s_i = \sigma \cdot k_i. \quad (4b)$$

Da nun die Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen, die durch die alimentierenden Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung gedeckt werden müssen, gegeben sind als die Differenz zwischen ihrem Einkommen und ihren Ersparnissen, also zu

$$v_i = k_i - \sigma \cdot k_i,$$

so ist das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen gegeben zu

$$\sigma \cdot k_v = k_i \cdot (1 - \sigma). \quad (5)$$

Es liegt also, wie schon gesagt wurde, dann vor, wenn die Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung gleich sind den Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen²⁰.

Da unter Berücksichtigung von Formel (4a) und (4b) der Ausdruck Formel (5) auch in der Form

$$s_v = k_i - s_i$$

angeschrieben werden kann, so ist, da

$$s = s_v + s_i$$

die laufende Gesamtersparnis gleich ist der Summe der Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung und der der Realinvestitionen, die Gleichgewichtsbedingung des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens Formel (5) auch durch die Beziehung

$$s = k_i \quad (6)$$

ausdrückbar, die aussagt, daß im Gleichgewicht des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens die laufenden Ersparnisse den Realinvestierungskosten entsprechen müssen, wobei Gleichgewicht zwischen den Veränderungen im Umfange der Horte und dem der Läger angenommen ist.

Die voraufgegangenen Betrachtungen haben gezeigt, daß, wenn Störungen im wirtschaftlichen Ablauf vermieden werden sollen, der Um-

²⁰ Diese in Formel (5) wiedergegebene Bedingung für das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen ergibt sich auch, wenn man in der in der Formel (3) wiedergegebenen Bedingung für Verbrauchsausgaben und Ersparnisse ihre Beziehungen zur Verbrauchs- bzw. Sparquote berücksichtigt, also

$$\begin{aligned} \text{und} \quad v &= \psi \cdot e \\ s &= \sigma \cdot e \end{aligned}$$

setzt, wobei ψ die Verbrauchsquote und σ die Sparquote ist, und weiter berücksichtigt, daß

$$\psi = 1 - \sigma$$

ist. In diesem Falle geht — wie das ja auch erforderlich ist — der Ausdruck Formel (3) in die durch Formel (5) ausgedrückte Beziehung über.

fang der Verbrauchsgütererzeugung zu dem der Realinvestierungen — beide ausgedrückt durch die Entlohnung ihrer Produktionsfaktoren — in einem bestimmten Verhältnis stehen muß, das sich aus dem Ausdruck Formel (5) ergibt zu

$$\frac{k_v}{k_i} = \frac{1}{\sigma} \cdot (1 - \sigma).$$

Schreibt man diesen Ausdruck in der Form

$$k_v = \frac{k_i}{\sigma} \cdot (1 - \sigma),$$

so sagt er aus, daß bei einem gegebenen Umfange der Realinvestierungen die Einkommen der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung und damit auch der Umfang der Verbrauchsgütererzeugung um so geringer sein kann, je größer die Sparquote ist, oder, wenn Formel (5)

$$k_i = k_v \cdot \frac{\sigma}{1 - \sigma}$$

geschrieben wird, daß bei gegebenem Umfange der Verbrauchsgütererzeugung der Umfang der Realinvestierungen um so größer sein kann bzw. sein muß, je größer die Sparquote ist, wenn das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen gewahrt bleiben soll, wobei zu nächst völlige Unveränderlichkeit der Sparquote unterstellt ist.

Diese Beziehungen zeigen besonders auch die Bedeutung der Sparquote bzw. ihrer Höhe für die zwischen dem Umfange der Verbrauchsgütererzeugung als alimentierender Beschäftigungsart und dem der Realinvestierungen als alimentierter Beschäftigungsart bestehenden Zusammenhänge und Bedingtheiten. Es ist daher erforderlich, die Sparquote und die sie bestimmenden Einflüsse kurz zu betrachten.

Die in einer Volkswirtschaft gemachten Gesamtersparnisse müssen ihrer Struktur nach betrachtet werden insofern, als die Höhe der Ersparnis entsprechend dem Gesetz vom abnehmenden Verbrauchszuwachs²¹ von der Höhe der jeweiligen Einzeleinkommen abhängig ist. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache müssen die hohen und die niedrigen Einkommen besonders berücksichtigt werden, was dadurch geschehen kann, daß unterschieden wird zwischen den Einkommen der Unternehmer, die repräsentativ für die hohen Einkommen sind, und denen der Nichtunternehmer, die für die niedrigen Einkommen als repräsentativ angenommen werden können. Auf weitere zwischen beiden Ersparnisarten bestehende Unterschiedlichkeiten braucht hier nicht näher eingegangen zu werden.

²¹ Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Zur Theorie der Beschäftigung, a.a.O., S. 449.

Die volkswirtschaftliche Gesamtersparnis kann dann angenommen werden als die Summe aus den Ersparnissen der Unternehmer und der Nichtunternehmer zu

$$s = s_u + s_n,$$

wobei s_u die Ersparnisse der Unternehmer und s_n die der Nichtunternehmer sind. Es ergeben sich dann die beiden zugehörigen Sparquoten zu

$$\sigma_u = \frac{s_u}{e_u} \text{ bzw. } \sigma_n = \frac{s_n}{e_n},$$

so daß also für die durchschnittliche volkswirtschaftliche Sparquote die Beziehung

$$\sigma = \frac{e_u \cdot s_u + e_n \cdot s_n}{e}$$

gilt.

Es muß, wie schon gesagt wurde, berücksichtigt werden, daß bei einer Veränderung in der Höhe der Einkommen auch die Sparquote eine Veränderung erfährt, die bei den hohen Einkommen stärker ist als bei den niedrigen. Das ist von besonderer Wichtigkeit namentlich bei Veränderungen im wirtschaftlichen Ablaufe, durch die naturgemäß vor allem die Unternehmereinkommen berührt werden, auf die der Hauptteil der Ersparnisse entfällt²². Namentlich bei einer Ausdehnung im Umfange der Erzeugung werden die Unternehmereinkommen eine besondere Steigerung aufweisen, die dann der Ausdruck von „Zwangserparnissen“ ist, wenn die Sparquote der Nichtunternehmer sich nicht bzw. nicht in gleicher Weise verändert oder sogar fällt, d. h. die laufenden Ersparnisse werden bei einer Steigerung der Sparquote nur dann auch in vollem Umfange wirkliche echte, also „freiwillige“ Ersparnisse sein, wenn die Steigerung der Sparquote völlig gleichmäßig erfolgt; und das setzt voraus, daß keine Disproportionalitäten in der Steigerung der laufenden Einkommen eintreten, daß also keine Änderung der Einkommens-

²² Wie beispielsweise J. H. H o b s o n (Rationalisation and Unemployment, London 1930) feststellt, entfällt der Hauptteil der Ersparnisse auf die hohen Einkommen, so daß eine gleichmäßige Verteilung der Einkommen s. A. n. den sonst ungünstigen Einfluß der Ersparnisse auf die wirtschaftliche Entwicklung reduzieren müßte.

Aus ähnlichen Erwägungen heraus hatte schon J. St. M i l l (a.a.O., Bd. 1, S. 72) vorgeschlagen, „alles was früher von Capitalisten und Landeigenthümern für Luxusgegenstände ausgegeben worden, werde in der Gestalt erhöhter Löhne unter die vorhandenen Arbeiter vertheilt, welche wie wir voraussetzen wollen, schon hinlänglich mit dem notwendigen Bedarf versehen sind. Was ist die Folge? Die Arbeiter werden Consumenten von Luxusgegenständen, und das vordem zur Hervorbringung angewendete Capital bleibt in der Lage, noch eben so angewendet zu werden“.

s ch i c h t u n g²³ eintritt, wie sie besonders charakteristisch immer dann vorliegt, wenn die Unternehmereinkommen gegenüber denen der Nichtunternehmer überproportional ansteigen. Das aber ist besonders dann der Fall, wenn Realinvestitionen mit Hilfe „zusätzlicher“ Kredite durchgeführt werden, da hierdurch ein Ungleichgewicht zwischen Verbrauchsgüternachfrage und Verbrauchsgüterangebot induziert wird, das sich in Form einer „offenen“ inflatorischen Entwicklung über die Preise ausgleicht. Das führt zu einer Senkung des Realeinkommens der Nichtunternehmer bei gleichbleibenden oder doch der inflatorischen Entwicklung nicht proportional folgenden Steigerung des Nominal-einkommens. Demgegenüber steigt das Unternehmereinkommen — ausgedrückt als der Überschuß ihrer Aktiva über ihre Passiva — überproportional, so daß die laufend entstehenden Einkommen in um so stärkerem Maße zu „Zwangsparsnissen“ führen, je stärker die Disproportionalitäten in der Einkommenssteigerung sind. Die in einem solchen Falle bei den Unternehmern auftretenden Investierungsgewinne, die der Ausdruck der ihnen zugute kommenden, durch die inflatorische Entwicklung erzwungenen Verbrauchsenthaltung der Nichtunternehmer sind, stellen einen sozial zweifellos ungerechtfertigten „Mehrwert“ dar. Sie sind gegeben zu

$$s_z = i_w - k_i ,$$

also gleich dem Überschuß des Wertes der Investitionen i_w über die bei ihrer Durchführung aufgewandten Realinvestierungskosten k_i ; sie sind besonders charakteristisch für den Begriff der „Selbstfinanzierung“.

Es wurde bisher angenommen, daß die Alimentierung aus den Ersparnissen der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung erfolgte; das ist aber nur dann möglich, wenn — wie im Falle der Realinvestitionen — die alimentierungsbedürftigen Vorhaben solche produktiver Natur sind. Sollen nun aber alimentierungsbedürftige Vorhaben anderer Art, und insbesondere solche an sich unproduktiver oder verlusthafter Natur durchgeführt werden, wie dies unter bestimmten Umständen erwünscht oder auch erforderlich sein kann, so muß die Finanzierung dieser Vorhaben entweder auf dem Wege der „Zwangsparsnis“ mit Hilfe der „autonomen“ Geldschöpfung oder aber durch eine entsprechende Belastung der Produktion mit Steuern aufgebracht werden.

Drückt man die Höhe der Alimentierungskosten als Quote der Produktionskosten aus zu ω , so muß diese Quote bei der Berechnung der

²³ Vgl. hierzu auch A. F o r s t m a n n : Über produktive und nichtinflatorische Kreditgewährung, WA., Bd. 45, 1947, S. 553 f.

Ersparnisse berücksichtigt werden insofern, als sie nicht nur die Höhe des Nettoeinkommens, sondern dadurch auch die Höhe der Sparquote verändert. Dementsprechend sind dann die Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung, die der Realinvestierungen und die der „zusätzlichen“ alimentierungsbedürftigen Vorhaben gegeben zu

$$\left. \begin{aligned} s_v &= k_v \cdot (1 - \omega) \cdot \sigma \\ s_i &= k_i \cdot (1 - \omega) \cdot \sigma \\ s_u &= k_u \cdot (1 - \omega) \cdot \sigma \end{aligned} \right\} \quad (7a)$$

Die alimentierungsbedürftigen Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestierungen einerseits und der „zusätzlichen“ alimentierungsbedürftigen Vorhaben andererseits sind dann gegeben als deren Einkommen abzüglich ihrer Ersparnisse zu

$$\left. \begin{aligned} v_i &= k_i \cdot [1 - (1 - \omega) \cdot \sigma] \\ v_u &= k_u \cdot [1 - (1 - \omega) \cdot \sigma] \end{aligned} \right\} \quad (7b)$$

Es besteht hier also die Gleichgewichtsbedingung zwischen den Ersparnissen der alimentierenden Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung einerseits und den alimentierten Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestierungen und denen der „zusätzlichen“ alimentierungsbedürftigen Vorhaben andererseits zu

$$\left. \begin{aligned} k_v \cdot (1 - \omega) \cdot \sigma &= k_i \cdot [1 - (1 - \omega) \cdot \sigma] \\ \omega \cdot k_v &= k_u \cdot [1 - (1 - \omega) \cdot \sigma] \end{aligned} \right\} \quad (8a)$$

Die resultierende Gleichgewichtsbedingung des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens ist dann hier also gegeben zu

$$k_v \cdot [\omega + (1 - \omega) \cdot \sigma] = (k_i + k_u) \cdot [1 - (1 - \omega) \cdot \sigma]. \quad (8b)$$

Hierbei ist jedoch zu bemerken, daß die zuletzt angegebene Gleichgewichtsbedingung allgemein nur hinsichtlich der Wahrung des gegenwärtigen Gleichgewichtes, nicht aber auch hinsichtlich der Wahrung des zukünftigen Gleichgewichtes Gültigkeit hat. Für allgemeine Betrachtungen müssen daher auch die in der Formel (8a) angegebenen speziellen Bedingungen berücksichtigt werden.

Ist das natürliche Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen deflatorisch gestört, d. h. übersteigen die Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung die Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestierungen oder zeigt sich die Tendenz hierzu und läßt sich diese Divergenz bzw. die Tendenz hierzu nicht durch eine entsprechende Politik des „billigen Geldes“ beseitigen — was auf längere Dauer immer nur dann der Fall ist, wenn die Störungen im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen exogener Verursachung sind —, so kann das Gleichgewichtsniveau unter bestimmten

noch zu betrachtenden Voraussetzungen erhalten oder auch erhöht werden, wenn der Betrag der Differenz zwischen den Ersparnissen der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung und den Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen zur Finanzierung der Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren „zusätzlicher“ alimentierungsbedürftiger Vorhaben in einer diesem Vorgange angemessenen Art der Finanzierung Verwendung finden.

Der Betrag, der in diesem Falle zur Erhaltung des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen erforderlichen „zusätzlichen“ alimentierungsbedürftigen Vorhaben ist dann — ausgedrückt durch die Entlohnung ihrer Produktionsfaktoren — gegeben zu

$$k_u = k_v \cdot \frac{\omega + (1 - \omega) \cdot \sigma}{1 - (1 - \omega) \cdot \sigma} - k_i . \quad (9)$$

Dabei muß jedoch eine Reihe von Gesichtspunkten berücksichtigt werden, die — soweit die deflatorischen Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes größeren Umfang annehmen und damit einen exogenen Charakter zum Ausdruck bringen — sich unter Umständen aus strukturellen Momenten intervalutarischer Art ergeben, auf die daher hier auch noch kurz einzugehen sein wird. Vorher ist aber noch darauf hinzuweisen, daß zwischen den Ersparnissen bzw. der Ersparnisquote σ einerseits und der Belastungsquote ω andererseits eine Beziehung von der Form

$$\sigma = f(\omega) \quad (10)$$

besteht, derart, daß eine Steigerung der Belastungsquote zu einer Senkung der laufenden Einkommen und damit auch der Ersparnisquote führt und umgekehrt, so daß durch „zusätzliche“ alimentierungsbedürftige Vorhaben auch die Notwendigkeit zu Realinvestitionen mittelbar eingeschränkt wird.

Hinsichtlich der möglichen außenwirtschaftlichen Einflüsse auf den Umfang „zusätzlicher“ alimentierungsbedürftiger Vorhaben ist bereits an dieser Stelle folgendes zu sagen:

Alimentierungsbedürftige Vorhaben „zusätzlicher“ Art sind ganz allgemein gesehen nur dann und in dem Umfange bedingungslos ohne Störungen des wirtschaftlichen Ablaufes anwendbar, in dem die unterstellten Voraussetzungen der „Geschlossenheit“ einer Volkswirtschaft auch tatsächlich und bedingungslos — insbesondere auch unabhängig vom Umfange der Erzeugung — erfüllt ist. Diese Voraussetzung ist aber — wie noch zu zeigen sein wird — insbesondere dann nicht erfüllt, wenn die innerwirtschaftliche Alimentierungsfähigkeit dadurch eingeschränkt ist, daß eine Ausdehnung im Umfange der Erzeugung nur bei einer entsprechenden außenwirtschaftlichen Alimentierung durchführbar, also von einem entsprechenden Einfuhrüberschuß abhängig ist. Das

gilt, wie noch zu zeigen sein wird, aber nicht nur hinsichtlich der innerwirtschaftlich „alimentierungsbedürftigen“ Beschäftigungsarten, sondern in gewissen Grenzen auch für die Verbrauchsgütererzeugung, und zwar für denjenigen Teil der Verbrauchsgütererzeugung, der außenwirtschaftlich alimentierungsbedürftig ist.

Es beruht dies darauf, daß in einem solchen Falle eine Steigerung im Umfange der Erzeugung und damit der Beschäftigung, sich — wie Keynes dies zu Unrecht allgemein unterstellt²⁴ — unter sinkendem Ertragszuwachs vollzieht und infolgedessen auch nur unter sinkendem Reallohn, also reduziertem Lebensstandard, durchführen läßt. Das Ausmaß der dann erforderlichen Senkung des Reallohns und damit des Lebensstandards ist abhängig vom Ausmaße der außenwirtschaftlichen Alimentierungsabhängigkeit, d. h. davon, wie weit eine Ausdehnung im Umfange der Erzeugung von einer Steigerung des Einfuhrüberschusses abhängig ist.

Ob die in einem solchen Falle erforderliche Senkung des Reallohnes und des Lebensstandards durch eine inflatorische Entwicklung oder aber im Rahmen von Rationierungs- und Reglementierungsmaßnahmen erreicht werden soll, ist natürlich eine Frage der jeweils bestehenden politischen Ansichten, auf die im Rahmen der vorliegenden Betrachtungen nicht eingegangen werden kann. Wichtig ist aber die Tatsache, daß die Höhe des Lebensstandards nicht — wie dies vielfach behauptet wird — beliebig festgesetzt werden kann, sondern daß sie im einzelnen eine Funktion struktureller Gegebenheiten ist, auf die bei der Betrachtung der Theorie der außenwirtschaftlichen Alimentierung noch näher einzugehen sein wird.

Findet in einem solchen Falle außenwirtschaftlicher Alimentierungsabhängigkeit bei einer Ausdehnung im Umfange der Erzeugung keine oder doch keine ausreichende Senkung des Reallohnes statt, so ist das nur dadurch und in dem Maße möglich, als Vorräte vorhanden sind, die dann — ohne ersetzt zu werden — dem Verbrauch unmittelbar oder mittelbar zugeführt werden, wie dies bei der sogenannten „Arbeitsbeschaffung“ in Deutschland in den dreißiger Jahren der Fall war. Es ist aber auch dann ohne eine Senkung des Reallohnes — wenigstens auf eine gewisse Zeit hinaus — auszukommen, wenn im Verlaufe eines Übergangs von der marktwirtschaftlichen zur zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnungsform eine scheinbare Veränderung der Grenzproduktivität des Kapitals dadurch erreicht wird, daß die volkswirtschaftliche Substanz auf dem Wege der Enteignung privater Betriebe volkswirt-

²⁴ Vgl. hierzu J. M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, a.a.O., S. 15.

schaftlich verbraucht wird, wodurch — ähnlich wie bei der bereits erwähnten „Arbeitsbeschaffung“ — für eine gewisse Zeit sogar noch ein wirtschaftlicher „Aufschwung“ vorgetäuscht werden kann.

C. Die Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte

Das Alimentierungsproblem betrifft — wie bereits gesagt wurde — nicht nur und auch nicht in erster Linie nur das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen schlechthin, sondern es betrifft weit mehr noch die Frage des Gleichgewichtsniveaus insofern, als es wichtig ist zu wissen, wann und wodurch durch Alimentierungsvorgänge das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen bei einem Niveau der Erzeugung, der Beschäftigung, des Einkommens usw. erreicht werden kann, das einer optimalen Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte entspricht. In diesem Sinne betrifft auch das im vorausgegangenen Absatz behandelte Problem der „zusätzlichen“ alimentierungsbedürftigen Vorhaben vor allem die Frage des Gleichgewichtsniveaus und wird daher unter diesem Gesichtspunkte auch in den folgenden Ausführungen noch zu behandeln sein.

Bevor nun an die Untersuchung der Bedingungen gegangen werden kann, die erfüllt sein müssen, damit eine optimale Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte erreicht werden kann, müssen zunächst noch kurz die Einflüsse betrachtet werden, die in erster Linie für die Unterschiede im Niveau des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen wirksam sind. Es ist dies einmal die Veränderlichkeit der technischen Produktivität und zum anderen ist es die Veränderlichkeit der Spar- und damit auch der Verbrauchsquote des laufenden Einkommens. Diese beiden Faktoren müssen daher auch kurz in bezug auf ihre grundsätzlichen Bestimmungsgründe wie auch hinsichtlich ihres Einflusses auf die Gestaltung des Gleichgewichtsniveaus betrachtet werden.

Die Veränderlichkeit der technischen Produktivität in Abhängigkeit vom Niveau des Gleichgewichtes im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen beruht darauf, daß die spezifischen Erzeugungskosten, d. h. die Kosten pro Einheit der Erzeugung, in denen die Größe der technischen Produktivität zum Ausdruck kommt, eine nichtlineare Funktion des Erzeugungsumfanges sind, die einer Optimumbedingung gehorcht. Infolgedessen führt eine Ausdehnung im Umfange der Erzeugung als Ausdruck einer expansiven wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie bei einer inflatorischen Störung des monetären Gleichgewichtes vorliegt, bis zur Erreichung des Optimums zu einer Senkung der spezifischen Erzeugungskosten trotz Steigerung der Gesamtkosten. Daraus ergibt sich eine nicht nur absolute, sondern auch relative Steigerung der laufenden Einkommen und insbesondere auch der Unternehmer-

einkommen. Die grundsätzlich gleiche Entwicklung spielt sich im entgegengesetzten Sinne bei einer Senkung im Umfange der Erzeugung als Ausdruck einer kontraktiven wirtschaftlichen Entwicklung ab, die immer dann vorliegt, wenn das monetäre Gleichgewicht deflatorisch gestört ist.

Ebenso wie die technische Produktivität eine nichtlineare Funktion des Erzeugungsumfanges ist, ist dies auch hinsichtlich der Verbrauchsausgaben und der Ersparnisse bzw. der Verbrauchs- und Sparquote der Fall, und zwar nimmt — entsprechend dem „Gesetz vom abnehmenden Verbrauchszuwachs“ — die Verbrauchsquote mit zunehmendem Einkommen ab, während die Sparquote zunimmt. Das bedeutet also, daß bei einer Steigerung im Umfange der Erzeugung und damit auch der laufenden Einkommen die Ersparnisse nicht nur absolut, sondern — bei Steigerung der subjektiven und insbesondere der Unternehmer-einkommen — auch relativ zunehmen. Bei einer Senkung im Umfange der Erzeugung und damit auch der laufenden Einkommen spielt sich der gleiche Vorgang aber im entgegengesetzten Sinne ab.

Für die Gestaltung des Gleichgewichtsniveaus im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen ergeben sich aus diesen Zusammenhängen und Bedingungen die folgenden grundsätzlich wichtigen Wirkungen; dabei ist davon auszugehen, daß — entsprechend der anregenden Wirkung von Realinvestierung sowohl im expansiven wie auch im kontraktiven Sinne — eine Veränderung im Umfange der Erzeugung ihren Ausgang immer von Veränderungen im Umfange der Realinvestierungen nehmen wird.

Findet eine Steigerung im Umfange der Realinvestierungen und damit auch im Umfange der Beschäftigung ihrer Produktionsfaktoren, also auch ihres Einkommens statt, so führt das auch zu einer Steigerung im Umfange der Nachfrage nach Verbrauchsgütern und induziert dadurch eine Steigerung auch im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung und der Beschäftigung ihrer Produktionsfaktoren, bis sich schließlich infolge der angegebenen Veränderungen der technischen Produktivität und der Verbrauchs- bzw. der Sparquote ein Gleichgewicht auf einem höheren Niveau der Erzeugung, der Beschäftigung, der Einkommen usw. eingestellt hat.

Findet umgekehrt eine Senkung im Umfange der Realinvestierungen und damit auch im Umfange der Beschäftigung ihrer Produktionsfaktoren sowie deren Einkommen statt, so führt das naturgemäß zu einer Senkung im Umfange der Nachfrage nach Verbrauchsgütern und induziert dadurch eine Senkung auch im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung und damit auch im Umfange der Beschäftigung ihrer Produktionsfaktoren sowie deren Einkommen, bis sich schließlich — ebenfalls infolge der Veränderung der technischen Produktivität und der

Verbrauchs- bzw. der Sparquote des laufenden Einkommens — ein Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen bei einem niedrigeren Niveau der Erzeugung, der Beschäftigung, der Einkommen usw. eingestellt hat²⁵.

Betrachten wir nun die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit eine optimale Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte erreicht wird, so muß zunächst festgestellt werden, wann eine solche optimale Ausnutzung als gegeben angesehen werden kann. Als Charakteristikum für die Güte der Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte kann die Güte der Kombination der Produktionsfaktoren angesehen werden, wie sie ihren besten Ausdruck in der Optimumbedingung der Funktion der spezifischen Erzeugungskosten vom Umfange der Erzeugung findet, wobei, wie schon gesagt wurde, die Verbrauchsgütererzeugung als Norm zugrunde zu legen ist. Unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge kann die beste wirtschaftliche Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte dann als gegeben angesehen werden, wenn der Erzeugungsumfang dem Erzeugungsoptimum — als gewogenem Durchschnitt der Verbrauchsgütererzeugung — entspricht, das, wie schon früher gesagt wurde, dann vorliegt, wenn die resultierenden spezifischen Erzeugungskosten ihr Minimum aufweisen, wobei, wie ebenfalls bereits ausgeführt wurde, angenommen ist, daß dies mit „Vollbeschäftigung“ gleichgesetzt werden kann.

Geht man nun von der Annahme aus, daß in einer Volkswirtschaft Unterbeschäftigung herrscht und dementsprechend die nationalen Produktivkräfte auch unteroptimal ausgenutzt sind, dann muß eine Steigerung im Umfange der Erzeugung dadurch erreicht werden, daß der wirtschaftlichen Entwicklung ein entsprechender Impuls gegeben wird, der zu einer Expansion im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen führt, und zwar so lange, bis das angestrebte Gleichgewichtsniveau optimaler Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte erreicht ist. Im einzelnen ist hierzu grundsätzlich folgendes zu sagen:

Unterstellt man zunächst eine rein endogen bedingte wirtschaftliche Entwicklung, so kann eine Expansion im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen nur dadurch erreicht werden, daß die unternehmerischen Antizipationen eine entsprechende Anregung erfahren. Sieht man hier zunächst einmal von der Möglichkeit einer sogenannten „Initialzündung“ ab, wie sie vor allem in der Anwendung „zusätzlicher“ alimentierungsbedürftiger Vorhaben zum Ausdruck kommt, so kann

²⁵ In diesem Sinne weist auch F. Machlup (International Trade and the Income Multiplier, Philadelphia 1943, pg. 17) darauf hin, daß die hier eintretende Senkung der Sparquote bzw. die Steigerung der Verbrauchsquote es „bei sinkendem Einkommen verhindert, daß das Einkommen sich fortlaufend auf Null vermindert“. Das gleiche gilt natürlich sinngemäß auch bei einer Steigerung des Einkommens.

eine solche Anregung durch kreditpolitische Maßnahmen, und zwar dadurch erreicht werden, daß der „Marktzinsfuß“ als Ausdruck der Realinvestierungskosten im weitesten Sinne gesenkt wird derart, daß das Verhältnis des „virtuellen“ Zinses zum „Marktzinsfuß“ die Einheit überschreitet. Dies geschieht nicht nur durch die Senkung des „Marktzinsfußes“ allein, sondern auch dadurch, daß dieser eine seiner Bewegung entgegengesetzt gerichtete Bewegung des „virtuellen“ Zinses induziert. Da der „Marktzinsfuß“ seinen repräsentativen Ausdruck im allgemeinen im „Diskontsatz“ findet, so wird die hier angestrebte Dynamik also vor allem durch eine Senkung des Diskontsatzes ausgelöst.

Die Folge solcher Maßnahmen ist die, daß die Unternehmer hierdurch in stärkerem Maße Realinvestitionen durchführen und hierzu, d. h. zur Entlohnung der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen in entsprechendem Ausmaße Einkommensgeld benötigen. Es wird hierdurch also eine Steigerung im Umfange des laufenden Einkommens verursacht und dadurch auch die Nachfrage nach Verbrauchsgütern entsprechend erhöht, ohne daß die Menge liquider Verbrauchsgüter durch diese Zunahme im Umfange der Beschäftigung eine Steigerung erfährt. Die zusätzliche Nachfrage nach Verbrauchsgütern induziert daher auch eine Steigerung im Umfange der Verbrauchsgüterpreise, die die Verbrauchsgütererzeuger ebenfalls anregt, ihre Erzeugung auszudehnen. In dem Maße, in dem dies geschieht, findet daher auch eine Ausdehnung im Umfange der Beschäftigung der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung und damit auch ihrer Einkommen statt, die nun ihrerseits wieder den Realinvestitionen einen entsprechenden Impuls gibt. Diese Entwicklung wird solange anhalten, wie die angegebene Differenz zwischen den beiden hier relevanten Zinssätzen bestehen bleibt²⁶. Auf diese Weise kann daher auch erreicht werden, daß der Umfang der Erzeugung, der Beschäftigung und der Einkommen solange ansteigt, bis die Erzeugung jenes Niveau erreicht hat, das der optimalen Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte entspricht. Eine Ausdeh-

²⁶ Auf diese Entwicklung weist auch G. Myrdal (a.a.O., S. 381) hin, der — um das hier kurz zu sagen — im grundsätzlichen feststellt, daß die Unternehmer auf Grund ihrer „Gewinnchancen in der Lage sind höhere Preise zu zahlen. Das gesamte Nationaleinkommen steigt.“ Es wird eine „Tendenz zur Steigerung der Konsumgüterpreise ausgelöst. . . Sobald die Konsumgüterpreise gestiegen sind, steigen die Kapitalwerte auf s n e u e, da steigende Konsumgüterpreise die Unternehmer in ihren Preiserwartungen optimistischer machen müssen. . . Wir haben hier einen Wettlauf verschiedener ‚Preisniveaus‘: der Preise für Realkapitalien, Produktionsfaktoren und Konsumwaren. Solange eine positive Zinsdifferenz besteht, behalten die Kapitalwerte ihren Vorsprung, auch wenn einzelne Konsumgüter und vielleicht noch mehr einzelne Produktionsfaktoren, besonders Rohstoffe, in der Realkapitalproduktion überproportional steigen“.

nung über diesen Punkt hinaus ist jedoch nur möglich auf Grund einer Senkung der Reallöhne, die im Verlaufe einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung in dem hier vorliegenden Falle eines konjunkturellen Aufschwungs durch eine Steigerung der Preise bewirkt wird²⁷.

Mit Rücksicht darauf, daß der Sinn der Alimentierung darin liegt, daß in den Produktionsfaktoren der alimentierungsbedürftigen Beschäftigungsarten Einkommensempfänger geschaffen werden, die keinen Beitrag zur Menge liquider Verbrauchsgüter liefern, infolgedessen den Erzeugungsüberschuß der Verbrauchsgütererzeugung über den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren absorbieren und auf diese Weise das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen garantieren, ist, wie ebenfalls bereits betont wurde, als Norm für die optimale Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte das Erzeugungsoptimum in der Verbrauchsgütererzeugung zu wählen, soweit nicht durch exogene Einflüsse eine Abweichung von dieser Norm erforderlich erscheinen sollte.

Diesem optimalen Erzeugungsumfang in der Verbrauchsgütererzeugung ist dann der Umfang der alimentierungsbedürftigen Beschäftigungsarten, d. h. im vorliegenden Falle der Umfang der Realinvestitionen anzupassen, derart, daß der Verbrauch ihrer Produktionsfaktoren dem Überschuß der Verbrauchsgütererzeugung über den Bedarf ihrer Produktionsfaktoren bei optimaler Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte, d. h. also bei optimaler Ausnutzung der Erzeugungskapazität der Verbrauchsgütererzeugung entspricht. Diese Steigerung im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung kann natürlich nicht unmittelbar geschehen, sondern sie hat dadurch zu erfolgen, daß der Umfang der Realinvestitionen ausgedehnt wird, da nur hierdurch die erforderlichen Anregungen induziert werden können.

Bezeichnet man nun den optimalen Erzeugungsumfang in der Verbrauchsgütererzeugung, ausgedrückt durch die Entlohnung ihrer Produktionsfaktoren bei demjenigen Umfange der Beschäftigung, der dem Erzeugungsoptimum entspricht, mit k_{vopt} und den gegenwärtigen unteroptimalen Umfange der Beschäftigung in der Verbrauchsgütererzeugung — ebenfalls ausgedrückt durch die Entlohnung ihrer Produktionsfaktoren — mit k_v , so ist die zur Erreichung des gewünschten optimalen Beschäftigungs- bzw. Erzeugungsumfanges erforderliche Steigerung im Umfange der Beschäftigung in der Verbrauchsgütererzeugung gegeben zu

$$\Delta k_v = k_{vopt} - k_v. \quad (11)$$

²⁷ Hierzu meint Keynes (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, a.a.O., S. 250): „Solange es Arbeitslosigkeit gibt, wird sich die Beschäftigung im gleichen Verhältnis wie die Menge des Geldes ändern; und wenn Vollbeschäftigung besteht, werden sich die Preise im gleichen Verhältnis wie die Menge des Geldes ändern.“

Für die erforderliche Steigerung im Umfange der Gesamtbeschäftigung ergibt sich dann die Beziehung

$$\Delta k_r = \Delta e = \Delta k_v + \Delta k_i . \quad (12)$$

Unter Berücksichtigung der in Formel (5) wiedergegebenen Bedingung für das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen ergibt sich dann die zur optimalen Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte erforderliche Steigerung im Umfange der Beschäftigung in der Verbrauchsgütererzeugung zu

$$\Delta k_v = \frac{\Delta k_i}{\sigma} \cdot (1 - \sigma) , \quad (13a)$$

so daß sich für die erforderliche Änderung im Umfange der Gesamtbeschäftigung entsprechend Formel (12) der Ausdruck

$$\Delta k_r = \frac{\Delta k_i}{\sigma} \quad (13b)$$

ergibt.

Diese Steigerung im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung muß durch eine Steigerung im Umfange der alimentierungsbedürftigen Vorhaben, also im vorliegenden Falle durch die Inangriffnahme entsprechender Realinvestierungen erreicht werden, deren Umfang derart sein muß, daß die Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung bei optimaler Ausnutzung der Erzeugungskapazität den Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestierungen entsprechen. Unter Berücksichtigung der in Formel (5) zum Ausdrucke gebrachten Bedingung für das Gleichgewicht im wirtschaftlichen Kreislaufgeschehen ergibt sich also die erforderliche Steigerung im Umfange der Realinvestierungen, bezogen auf den Umfang der mit Rücksicht auf die optimale Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte notwendigen Steigerung, im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung zu

$$\Delta k_i = \Delta k_v \cdot \frac{\sigma}{1 - \sigma} \quad (14a)$$

oder bezogen auf den Umfang der erforderlichen Steigerung im Umfange der Gesamtbeschäftigung zu

$$\Delta k_i = \Delta k_r \cdot \sigma . \quad (14b)$$

Dieser Ausdruck hat zweifellos eine gewisse Ähnlichkeit mit der von *K e y n e s* angegebenen Beziehung

$$\Delta Y = \Delta I \cdot k^{28} ,$$

die bei oberflächlicher Betrachtung dazu verleiten könnte, anzunehmen,

²⁸ Vgl. *J. M. K e y n e s*: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, a.a.O., S. 98.

daß es sich hier um eine Übereinstimmung handeln würde, was aber, wie zu zeigen sein wird, unzutreffend ist.

In dem von **K e y n e s** angegebenen Ausdruck bedeutet ΔY eine Veränderung im Umfange des laufenden Einkommens, die durch eine Veränderung im Umfange der laufenden Investition ΔI deshalb unactu bedingt ist, weil bei **K e y n e s** — wie bereits ausgeführt wurde²⁹ — Ersparnis und Investition ex definitione identisch sind, daß also, wie **K e y n e s** ausführt, „bei einem Zuwachs der Gesamtinvestition das Einkommen um einen Betrag zunehmen wird, der k mal dem Zuwachs der Investition ist“³⁰, so daß dieser Ausdruck mit Rücksicht auf die von **K e y n e s** unterstellten Voraussetzungen eigentlich

$$\Delta Y \equiv \Delta I \cdot k$$

geschrieben werden müßte.

Der zwischen der von **K e y n e s** angegebenen Identität einerseits und der in Formel (14b) wiedergegebenen Bedingungsgleichung andererseits bestehende Unterschied liegt also einmal darin, daß **K e y n e s** in seinem „Multiplikator“

$$k = \frac{1}{1 - \frac{dC}{dY}}$$

nicht, wie dies erforderlich ist, von der Verbrauchsquote $\Psi = 1 - \sigma$, sondern von der von ihm als „Grenzhang zum Verbrauch“ bezeichneten differentiellen Veränderung des Verbrauchs als Funktion der zugehörigen differentiellen Veränderung im Umfange des laufenden Einkommens ausgeht, also einer Größe, die nicht mit der Verbrauchsquote identisch ist, sondern mehr oder weniger stark von dieser abweicht.

Der „Multiplikator“ müßte also — auch im Rahmen der Anwendung, die **K e y n e s** von ihm macht — richtig

$$k = \frac{1}{1 - \frac{v}{e}} = \frac{1}{1 - \psi} = \frac{1}{\sigma}$$

geschrieben werden. In diesem Falle würde dann der von **K e y n e s** angegebene Ausdruck — in der letzteren richtigen Formulierung — formell mit der in Formel (14b) wiedergegebenen Bedingungsgleichung übereinstimmen. Er weicht aber von dieser insofern grundsätzlich ab, als der von **K e y n e s** angegebene Ausdruck seinen Ausführungen entsprechend einen naturnotwendigen Kausalzusammenhang angibt, derart, daß eine Steigerung im Umfange der Real-

²⁹ Siehe oben, S. 38.

³⁰ J. M. **K e y n e s**: Ebenda.

investierungen *in o actu* eine der Höhe des „Multiplikators“ entsprechende multiplikative Steigerung im Umfange des Gesamteinkommens — als Ausdruck der Steigerung im Umfange der Beschäftigung — bedingt, während in der Tat der zwischen dem Gesamteinkommen und den Realinvestierungen bestehende Zusammenhang derart ist, daß eine Steigerung im Umfange der Realinvestierungen eine Steigerung im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung und damit auch der Beschäftigung der Produktionsfaktoren, also dem Gesamteinkommen induziert, die im Grenzfalle gleich dem um die reziproke Sparquote — und das ist der „Multiplikator“ in der Anwendungsweise, die Keynes benutzt — erhöhte Steigerung im Umfange der Entlohnung der Produktionsfaktoren der Realinvestierungen als Ausdruck der Steigerung im Umfange der Realinvestierungen ist.

Das beruht, wie schon gesagt wurde, darauf, daß eine Steigerung im Umfange einer alimentierungsbedürftigen Beschäftigungsart — soweit diese, wie im vorliegenden Falle aus Ersparnissen finanziert wird — eine Steigerung der Nachfrage nach Verbrauchsgütern hervorruft, die deshalb eine multiplikative Steigerung im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung induzieren wird, weil ja die Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung den größten Teil ihrer Erzeugung für sich benötigen und nur derjenige Teil der Verbrauchsgütererzeugung überschüssig und für die Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestierungen verfügbar ist, der den Ersparnissen der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung entspricht und der relativ zu deren Einkommen von der Höhe der Sparquote bestimmt wird.

Unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge und Bedingtheiten bringt dann also die Beziehung Formel (13), wenn man sie einmal der Deutlichkeit halber in der Form

$$\Delta \cdot k_v = \eta \cdot \Delta k_i$$

schreibt, die Tatsache zum Ausdruck, daß eine Steigerung im Umfange der Beschäftigung in der Realinvestierung eine Steigerung im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung — ausgedrückt durch die Höhe der Entlohnung ihrer Produktionsfaktoren — induziert, die dem η -fachen der Steigerung im Umfange der alimentierungsbedürftigen Realinvestierungen entspricht.

Man kann daher auch den Ausdruck

$$\eta = \frac{1}{\sigma} (1 - \sigma) = \frac{\psi}{\sigma} \quad (16)$$

vielleicht zweckmäßigerweise als den „Alimentierungsfaktor“ bezeichnen, weil in ihm die zwischen alimentierender und alimentierter Beschäftigung bestehenden Zusammenhänge und Bedingtheiten am ein-

deutigsten zum Ausdruck kommen, wobei aber immer zu beachten bleibt, daß es sich hier nicht — wie K e y n e s meint — um bedingungslos erfüllte Kausalzusammenhänge, sondern vielmehr um zu erfüllende Voraussetzungen handelt, so daß also die Ersparnisse die Investitionen auch nicht deshalb übernehmen, weil sie gleich groß sind wie diese, sondern diese Übernahme ist nur dann möglich, wenn sie diesen entsprechen³¹.

Sind also im besonderen

$$s_v = \Delta k_v \cdot \sigma < v_i = \Delta k_i (1 - \sigma)$$

die laufenden Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung geringer als die laufenden Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestitionen, so wird durch die Durchführung solcher Vorhaben insofern eine grundsätzlich inflatorische Entwicklung bedingt, als nicht durch Ausdehnung im Umfange der Erzeugung und die dadurch bewirkte Kostendegression eine allgemeine Veränderung der Sparquote eintritt, also eine solche, die nicht der Ausdruck eines inflatorischen Zwangssparens ist. Das aber wird im allgemeinen nur in Ausnahmefällen ohne reglementierende Eingriffe in den wirtschaftlichen Ablauf möglich sein.

Ist das jedoch nicht der Fall, so werden die fehlenden „echten“ Ersparnisse durch „Zwangsparsparnisse“ ersetzt. Hier tritt dann eine Steigerung der unternehmerischen Sparquote uno actu mit der Steigerung im Umfange der Realinvestitionen gegenüber der Sparquote der Nichtunternehmer ein, die durch die grundsätzlich inflatorische Entwicklung bedingt und eben der Ausdruck der Tatsache ist, daß die entstehenden Ersparnisse „Zwangsparsparnisse“ darstellen³².

³¹ Es ist daher auch unzutreffend oder doch zumindest irreführend, wenn E. S c h n e i d e r (Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil I, Theorie des Wirtschaftskreislaufes, Tübingen 1947, S. 49) die Ansicht vertritt, „daß in der geschlossenen Volkswirtschaft ohne staatliche Aktivität in jedem Augenblick bzw. in jeder Periode von beliebiger Länge ex-post der Wert der Nettoinvestition gleich ist dem Wert der Nettoersparnis“ (im Original gesperrt); denn „in jedem Augenblick“ ist das keinesfalls zutreffend, da ja zwischen anregender Realinvestierung und angeregter Verbrauchsgütererzeugung eine entsprechende zeitliche Phasendifferenz besteht, und ex-post ist es nur dann der Fall, wenn einmal die verfügbaren freiwilligen Ersparnisse dem Betrage der Investitionen entsprechen und wenn die Sparer diese dann auch tatsächlich „übernehmen“. Ist letzteres nicht der Fall, so handelt es sich bei den durchgeführten Realinvestitionen ebenso um „Fehlinvestitionen“, wie es sich im ersteren Falle bei den Ersparnissen um „Zwangsparsparnisse“, nicht aber um „echte“ Ersparnisse handelt.

³² Gerade in einem solchen Falle rühren — wie E. P r e i s e r (Sparen und Investieren, JbfnSt., Bd. 159, 1944, S. 266) meint — „Veränderungen der volkswirtschaftlichen Sparquote fast nur von einer Vergrößerung oder Verkleinerung der Gewinne, also von einer Änderung der Einkommensverteilung her“.

Die Bildung von „Zwangsparnissen“ ist naturgemäß der Ausdruck der Tatsache, daß die Realinvestitionen im Betrage der Differenz zwischen den Realinvestierungskosten und den „echten“ Ersparnissen mit Hilfe von „zusätzlichen“ Krediten finanziert worden sind, deren Bestehen Keynes allerdings bestreitet³³.

Die von Keynes und seinen Anhängern — mittelbar oder unmittelbar — aufgestellte Behauptung, daß sich eine jede Investition die ihr zugehörigen Ersparnisse — aufgefaßt als „echte Ersparnisse“ — immer und unter allen Umständen unactuselber schaffe, bedeutet nichts anderes als zu behaupten, daß in einem jeden Falle bei gleichbleibender oder aber gleichmäßig sich verändernder — die Einkommenschichtung aber nicht verändernder — Sparquote die Bedingung

$$\eta \equiv \frac{1}{\sigma} \cdot (1 - \sigma)$$

erfüllt sein würde, daß also die Ersparnisse der Produktionsfaktoren der Verbrauchsgütererzeugung immer und unter allen Umständen gleichzeitig den Verbrauchsausgaben der Produktionsfaktoren der Realinvestierungen entsprechen würden und daher mit diesen identisch seien. Keynes und seine Anhänger behaupten also damit implizite, daß es in der wirtschaftlichen Wirklichkeit weder eine inflatorische noch eine deflatorische Entwicklung und damit auch keine Konjunkturen geben könnte, die ja stets nur der Ausdruck derart „aneutraler“ Erscheinungen sind³⁴.

Da, wie gesagt, die Steigerungen im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung durch die im Umfange der Realinvestierungen vorgenomme-

³³ Wie Keynes (a.a.O., S. 71) meint, kann „die Vorstellung, daß die Erzeugung von Kredit durch das Banksystem die Vornahme von Investition zuläßt, der ‚keine echte Ersparnis‘ entgegensteht, ... nur davon herrühren, daß eine Folge des vermehrten Bankkredits unter Ausschluß der übrigen herausgehoben wird“.

Welch eigenartige Vorstellungen in dieser Hinsicht vielfach herrschen, zeigen beispielsweise die Ausführungen von H. Drahota (a.a.O., S. 97), der die Auffassung vertritt: „Die Ersparnisse sind eine ex-post-Größe; der Begriff ‚zusätzlicher Kredit‘ setzt jedoch die Existenz von ex-ante Ersparnissen voraus! Diese jedoch gibt es nicht, folglich gibt es auch keinen zusätzlichen Kredit im bisher verstandenen Sinne. Denn wozu sollen denn die Kredite ‚zusätzlich‘ treten?“

Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Zur Theorie der Beschäftigung a.a.O., S. 464 ff.; siehe auch derselbe: Geld und Kredit, a.a.O., Bd. 1, S. 254 ff., Bd. 2, S. 393 ff., S. 429 f.

³⁴ Das ist — wie A. C. Pigou (Praktische Fragen der Volkswirtschaft, dtsh. v. K. Klügmann, Jena 1937, S. 30) feststellt — „für den gesunden Menschenverstand leicht begreiflich. Denn wäre jene populäre Theorie richtig, wonach die Verkleinerung der Geldausgaben einer Person eine entsprechende Vergrößerung der Geldausgaben einer anderen Person zur Folge hat, dann würden die Schwankungsprozesse, die jeder aus Erfahrung kennt, a priori unmöglich sein.“

nen Steigerungen nicht *uno actu* bedingt, sondern nur angeregt werden, so ist stets zu beachten, daß die Gleichgewichtsbedingung Formel (5) erfüllt ist; d. h. es muß angestrebt werden, daß die Steigerung im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung in der jeweils durch die Sparquote bedingten multiplikativen Entsprechung parallel mit der Steigerung im Umfange der anregenden Realinvestierungen erfolgt, damit eine inflatorische Entwicklung vermieden wird. Das bedingt, daß der Umfang der zusätzlichen Realinvestierungen pro Zeiteinheit nicht zu sehr gesteigert wird^{34a}.

Die vorausgegangenen Betrachtungen beziehen sich vor allem auf eine endogen bedingte wirtschaftlichen Entwicklung, d. h. eine solche, bei der Schwankungen im wirtschaftlichen Ablaufe lediglich durch Einflüsse verursacht sind, die aus der wirtschaftlichen Entwicklung selber heraus stammen und die daher auch im wesentlichen durch entsprechende Maßnahmen kreditpolitischer Art gesteuert werden können insofern, als die erforderliche Steigerung im Umfange der Realinvestierungen mit den sich hieraus ergebenden multiplikativen Konsekwitwirkungen auf die übrige Erzeugung durch eine sinngemäße Beeinflussung der relevanten Zinssätze erreicht wird.

Nun kann es schon im Verlaufe einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung zweckmäßig sein, zur Beseitigung depressiver Störungen im wirtschaftlichen Ablaufe die hier relevanten Zinsrelationen nicht nur von der Seite der Kreditpolitik, also durch Veränderung des „Marktzinsfußes“ bzw. der für diesen repräsentativen Sätze zu beeinflussen, sondern es kann auch in einem solchen Falle einer lediglich endogen bedingten wirtschaftlichen Entwicklung zweckmäßig oder auch erforderlich sein, auch den „virtuellen“ Zins unmittelbar³⁵ durch güterwirtschaftliche Maßnahmen zu beeinflussen, die man unter dem Begriff der „Initialzündung“ zusammenzufassen pflegt.

Die hier anzuwendenden „zusätzlichen“ alimentierungsbedürftigen Vorhaben, die im Falle konjunktureller Störungen im wesentlichen eine Zweckmäßigkeit bilden, werden zur Notwendigkeit, wenn die zu überwindende depressive wirtschaftliche Situation nicht der Ausdruck einer regelmäßig endogen bedingten deflatorischen Entwicklung ist, sondern wenn diese Situation das Resultat einer grund-

^{34a} In der Kreditpraxis suchte man einen inflatorischen Einfluß von Realinvestierungen dadurch zu vermeiden, daß die der Finanzierung zur Realinvestierung dienenden „Finanzwechsel“ nicht zur Notendeckung im Rahmen der Dritteldeckung herangezogen wurden.

³⁵ Wie schon gesagt wurde, findet eine mittelbare Beeinflussung des „virtuellen“ Zinses schon durch die Veränderung des „Marktfußzinses“ insofern statt, als eine Senkung dieses Satzes die Unternehmer optimistisch stimmt und dadurch den „virtuellen“ Zins steigert, während eine Steigerung des Marktinzfußes die Unternehmer pessimistisch stimmt und dementsprechend den „virtuellen“ Zins senkt.

sätzlich exogen bedingten Deflation im eigentlichen Sinne darstellt, wie sie beispielsweise zur Zeit der sogenannten „Weltwirtschaftskrise“ bestand. Die Unmöglichkeit, in solchen Fällen mit den Methoden einer normalen Konjunkturpolitik eine Besserung erreichen zu können, beruht darauf, daß eine Politik des „billigen Geldes“ in solchen Fällen nicht wirksam werden kann, da der „virtuelle“ Zins im Falle einer Deflation regelmäßig negative Werte erreicht, die Unternehmer also keine Gewinne, sondern Verluste aus einer wirtschaftlichen Tätigkeit erwarten, so daß der „Marktzinsfuß“ — um in einer solchen Situation etwas erreichen zu können — auf noch niedrigere Werte gesenkt werden müßte. In einem solchen Falle müssen daher auch „zusätzliche“ alimentierungsbedürftige Vorhaben zur Anwendung kommen, deren grundsätzliche Voraussetzungen daher ebenfalls noch zu betrachten sein werden, insbesondere deshalb, weil hier besondere Bedingungen zu beachten sind, die vor allem durch außenwirtschaftliche Einflußmöglichkeiten bestimmt sind und auf die wir bereits kurz hingewiesen haben.

Legen wir als Norm der optimalen Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte wieder jenen Erzeugungsumfang in der Verbrauchsgütererzeugung zugrunde, der dem Ertragsoptimum, also dem Minimum der spezifischen Erzeugungskosten entspricht, so ist die zu erreichende Änderung im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung, ausgedrückt durch die Veränderung in der Entlohnung ihrer Produktionsfaktoren entsprechend Formel (8b) gegeben zu

$$\Delta k_v = (k_u + \Delta k_i) \cdot \frac{1 - (1 - \omega) \cdot \sigma}{\omega + (1 - \omega) \cdot \sigma}, \quad (17)$$

wobei, wie früher bereits gesagt wurde, ω der Betrag der „zusätzlichen“ alimentierungsbedürftigen Vorhaben, ausgedrückt als die Quote der Belastung der Entlohnung der Produktionsfaktoren, ist.

Der Umfang der anzuwendenden „zusätzlichen“ alimentierungsbedürftigen Vorhaben, die zur Erreichung einer optimalen Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte anzuwenden sind, ist dann als Funktion der erforderlichen Veränderung im Umfange der Verbrauchsgütererzeugung und der möglichen Veränderungen im Umfange der Realinvestitionen gegeben zu

$$k_u = \Delta k_v \cdot \frac{\omega + (1 - \omega) \cdot \sigma}{1 - (1 - \omega) \cdot \sigma} - \Delta k_i. \quad (18)$$

Unter Berücksichtigung der Veränderungen im Umfange des volkswirtschaftlichen Gesamteinkommens

$$\Delta e = \Delta k_v + \Delta k_i + k_u \quad (19a)$$

ergibt sich dann entsprechend den in den Formeln (17) und (19a) wiedergegebenen Ausdrücken die Beziehung

$$\Delta e = (\Delta k_i + k_u) \cdot \frac{\omega + 1}{\omega + (1 - \omega) \cdot \sigma}, \quad (19b)$$

so daß für den Umfang der „zusätzlichen“ alimentierungsbedürftigen Vorhaben der in Formel (19b) wiedergegebene Ausdruck als Funktion der Veränderung in der Höhe des Gesamteinkommens übergeht in die Beziehung

$$k_u = \Delta e \cdot \frac{\omega + (1 - \omega) \cdot \sigma}{\omega + 1} - \Delta k_i. \quad (20)$$

Es sei hier nochmals auf die durch Formel (10) wiedergegebene Abhängigkeit zwischen der Sparquote und der Belastungsquote ω hingewiesen, die derart ist, daß, falls die Kosten der „zusätzlichen“ alimentierungsbedürftigen Vorhaben geringer sind als die durch die Ausdehnung im Umfange der gesamten Erzeugung infolge Kostendegression bedingten Kostenersparnis, eine Steigerung, im umgekehrten Falle eine Senkung der Sparquote eintritt, so daß also zwei Kräfte in Richtung auf das Gleichgewicht wirken.

Wenn durch „zusätzliche“ alimentierungsbedürftige Vorhaben nicht nur eine Steigerung im Umfange der Erzeugung und der Beschäftigung, sondern auch eine solche des Volkswohlstandes erreicht werden soll, dann setzt das voraus, daß eine Ausdehnung im Umfange der Erzeugung sich unter zunehmendem Ertragszuwachs vollzieht, weil nur in diesem Falle eine Kostenersparnis durch Kostendegression infolge der Ausdehnung im Umfange der Erzeugung erreicht werden kann, die die Kostenaufwendung für die alimentierungsbedürftigen Vorhaben, die „zusätzlich“ in Angriff genommen wurden, mehr oder weniger übersteigt und hierdurch allein eine Steigerung des Volkswohlstandes ermöglicht.

Diese Voraussetzung ist nun regelmäßig — soweit die unterstellte Voraussetzung der „Geschlossenheit“ für die betreffende Volkswirtschaft auch tatsächlich zutrifft — gegeben³⁶. Es ist daher auch grundsätzlich unrichtig, wenn Keynes bei seinen Untersuchungen über das Beschäftigungsproblem von der Voraussetzung eines abnehmenden Ertragszuwachses ausgeht³⁷, die eine Senkung des Reallohnes erforderlich

³⁶ Siehe hierzu auch Th. Vogelstein: Das Ertragsgesetz der Industrie, AfSw., Bd. 34, 1912; siehe weiter auch C. Silbe: Die Ertragsgestaltung in der Industrie, Berlin 1926; W. Weddigen: Theorie des Ertrages, Jena 1927.

³⁷ Keynes (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, a.a.O., S. 15) meint hier, daß „die Industrie normalerweise ... mit abnehmendem Ertrag[szuwachs] arbeitet, so daß das Grenzerzeugnis ... notwendigerweise im Maße der Zunahme der Beschäftigung abnimmt“.

Dieser Irrtum kommt besonders auch in dem von ihm (ebenda, Anm. 1) angegebenen Beispiel zum Ausdruck, indem gesagt ist: „Es werden n Arbeiter beschäftigt, der n -te Arbeiter führt der Ernte einen Scheffel je Tag zu, und die Löhne haben

machen würde, wenn eine Ausdehnung im Umfange der Erzeugung und der Beschäftigung erreicht werden soll³⁸. Das würde aber bedeuten, daß eine jede Steigerung im Umfange der Erzeugung und damit auch der Beschäftigung grundsätzlich nur durch eine entsprechende Senkung des Lebensstandards zu erreichen wäre. Damit würde aber seine Beschäftigungstheorie zu einer Verelendungstheorie der Beschäftigung.

Es ist zweifellos ein Beweis für Keynes' geniale Intuition, daß er trotz dieser irrigen theoretischen Grundlagen zu der Feststellung kommt, daß auch an sich unproduktive oder verlusthafte Vorhaben letzten Endes trotzdem geeignet sein können, den Volkswohlstand zu erhöhen³⁹ — ohne daß er hierfür allerdings eine Begründung gibt⁴⁰. Dies ist ja auch angesichts der von ihm unterstellten Voraussetzung eines abnehmenden Ertragszuwachses nicht möglich. Es muß aber — wie auch bei der von ihm vorgetragenen „Liquiditätstheorie des Zinses“ gesagt wurde⁴¹ — festgestellt werden, daß auch hier eine völlige Inkompatibilität der Voraussetzungen mit dem Ergebnis seiner Theorie besteht.

Die Möglichkeit, durch eine Inangriffnahme „zusätzlicher“ alimentierungsbedürftiger Vorhaben nicht nur eine Steigerung im Umfange der Erzeugung und der Beschäftigung, sondern auch eine solche des Volkswohlstandes zu erreichen, ist also an die Voraussetzung gebunden, daß eine optimale Kombination der Produktionsfaktoren nur durch eine Steigerung im Umfange der Erzeugung erreicht werden kann.

Wie bereits gesagt wurde, ist diese Voraussetzung im Rahmen einer „geschlossenen“ Volkswirtschaft nur dann gegeben, wenn die Voraussetzung der „Geschlossenheit“ auch tatsächlich und insbesondere auch unabhängig vom Umfange der Erzeugung erfüllt ist, wenn also die innerwirtschaftliche Entwicklung auch tatsächlich und bedingungslos — und das gilt, wie bereits erwähnt wurde und später noch im einzelnen zu

eine Kaufkraft von einem Scheffel je Tag. Der $n + 1$ erste Arbeiter würde jedoch nur 0,9 Scheffel je Tag zufügen, und die Beschäftigung kann daher nicht auf $n + 1$ Arbeiter steigen, es sei denn, daß der Preis des Getreides im Verhältnis zu den Löhnen steigt.“

³⁸ Das geht außer aus der voraufgegangenen Feststellung auch daraus hervor, daß Keynes meint (ebenda, S. 109): „Für einen Menschen, der lange arbeitslos war, mag irgendein Maß von Arbeit, statt Nachteil einzuschließen, einen positiven Nutzen haben.“

³⁹ So meint Keynes (ebenda, S. 110), daß auch „das Bauen von Pyramiden, Erdbeben, selbst Kriege . . . dazu dienen [mögen], den Reichtum zu vermehren“.

⁴⁰ Siehe hierzu auch G. Myrdal: a.a.O., S. 381.

⁴¹ Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Zur Theorie der Beschäftigung, a.a.O., S. 470.

zeigen ist, nicht nur hinsichtlich der normalen alimentierungsbedürftigen Erzeugungsarten, sondern auch hinsichtlich eines bestimmten Teiles der Verbrauchsgütererzeugung — unabhängig von außenwirtschaftlichen Einflüssen ist, derart, daß eine Ausdehnung im Umfange der Erzeugung keinerlei außenwirtschaftliche Alimentierung erforderlich macht, wie sie ihren Ausdruck in einem Einfuhrüberschuß findet, der bei einer Ausdehnung im Umfange der Erzeugung zunimmt.

Eine unteroptimale Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte liegt — auf die hier grundsätzlich relevanten Zusammenhänge und Bedingtheiten wird im Verlaufe unserer späteren Betrachtungen noch einzugehen sein — auch dann vor, wenn die Struktur des Produktionsapparates einer Volkswirtschaft bei optimaler Ausnutzung ihrer nationalen Produktivkräfte einen Ausfuhrüberschuß erforderlich macht, der nicht auf die zur optimalen Ausnutzung der nationalen Produktivkräfte erforderliche Höhe gebracht werden kann, weil die hierzu erforderlichen strukturellen Voraussetzungen nicht gegeben sind, wie das regelmäßig bei exogen bedingten Veränderungen der natürlichen außenwirtschaftlichen Strukturgegebenheiten der Fall sein wird⁴².

Auf die hier relevanten Zusammenhänge und Bedingtheiten wird bei der Betrachtung der außenwirtschaftlichen Alimentierung noch näher einzugehen sein. Es ist aber noch grundsätzlich kurz festzustellen, daß eine Ausdehnung im Umfange der Erzeugung über die optimale Kombination der Produktionsfaktoren hinaus immer nur durch eine Senkung des Reallohnes erreicht werden kann, gleichviel auf welche besondere Weise eine solche Senkung im einzelnen herbeigeführt werden soll.

⁴² Vgl. hierzu auch A. Forstmann: Der Kampf um den internationalen Handel, 2. Aufl., Berlin 1936; siehe auch derselbe: Zur außenwirtschaftlichen Nachkriegsproblematik, a.a.O.